

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

40. Sitzung

19. September 2019

Beginn: 10.35 Uhr
Schluss: 15.54 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Oliver Friederici macht darauf aufmerksam, dass als Tischvorlage eine Synopse verteilt worden sei, anhand derer er die zweite Lesung der Haushaltsberatungen durchführen werde. Er danke der Ausschussreferentin sowie dem Ausschussbüro für die Arbeit. – Weiteres Geschäftliche sehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<u>0269</u>
Drucksache 18/2020	UmVerk
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21)	Haupt(f)
Hier: Einzelplan 07 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –	
– Zweite Lesung –	

In die Beratung zu Punkt 1 der Tagesordnung werden folgende Vorgänge einbezogen:

Sammelvorlage SenUVK – Z F 1 Fe – vom 03.09.2019
Rote Nummer 2157

[0269-1](#)

UmVerk

**Beantwortung der Berichtsaufträge Nr. 1 bis Nr. 104
des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz
vom 22. August 2019**

Haushaltsberatung 2020/2021 – Ausschuss UmVerk
Einzelplan 07

Bericht SenUVK – Z F 33 – vom 29.07.2019
Rote Nummer 1839

[0269-2](#)

UmVerk

Wirtschaftsplan 2020/2021

Kapitel 0750

**- Titel 68214 / 82301: Landesbetrieb Krematorium
Berlin**

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/0700 zum
Haushalt 2018/19

Generalaussprache

Oliver Friederici (CDU) bekundet, dass der Haushaltsentwurf sowohl Positives als auch Negatives enthalte. Der Senat sei gewillt, beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs – ÖPNV – einige Punkte anzugehen, auch einige Radverkehrsmaßnahmen unterstütze seine Fraktion. Es gehe aber nicht an, die Verkehrspolitik primär auf das Fahrrad und sekundär auf den ÖPNV auszurichten. Die CDU-Fraktion trete für einen gleichberechtigten Ausbau der Wege und Straßen für alle Verkehrsarten ein. Auch beim ÖPNV dürfe es keine Beschränkung auf lediglich einige Verkehrsträger geben, es müsse auch U-Bahnausbau stattfinden.

Danny Freymark (CDU) dankt dafür, dass im Ausschuss eine gute und konstruktive Zusammenarbeit möglich sei. – Gerade gestern sei der 100. Trinkbrunnen eingeweiht worden; er danke dafür, dass dieses Programm schnell und ambitioniert umgesetzt werde. Allerdings müsse leider festgestellt werden, dass nicht alle Projekte so schnell verwirklicht würden, wie die Installation weiterer Trinkbrunnen, beispielhaft hierfür nenne er das Aufgabenfeld Mobilität. Seine Fraktion wünsche sich mehr Fahrradstationen, Mobilitätsstationen, Beratung und Bikesharing auch in den Außenbezirken.

Gerade vor Kurzem habe im Rahmen der Plenardebatte das Thema Gebäudesanierung im Mittelpunkt gestanden. Hierzu stelle er fest, dass trotz höherer Ansätze für diesen Zweck der Fortschritt zu gering sei. Gelinge es womöglich nicht, innerhalb des Senats mehr Unterstützung für Umwelt- und Klimaschutzthemen zu requirieren? Er kenne kein Mitglied der Koalitionsfraktionen, das sich über weniger Bäume freue, gleichwohl gebe es weniger. Aus seiner Sicht könne im Bereich Umweltbildung deutlich mehr gemacht werden. Es werde zwar davon gesprochen, das Thema Nachhaltigkeit im Schulunterricht zu berücksichtigen, dies müsse aber konkret unterlegt werden. Auch hinsichtlich des Gewässerschutzes müsse mehr auf den

Weg gebracht werden. Ebenfalls fehlten ihm Vorschläge zur Umweltgerechtigkeit gerade in den Innenstadtbezirken. Zusammenfassend stelle er fest, dass zwar nirgendwo gespart werden müsse, dennoch stelle der Haushaltplanentwurf keinen großen Wurf dar.

Daniel Buchholz (SPD) vertritt die Auffassung, dass mit den noch zu beschließenden Änderungsanträgen noch mehr Akzente innerhalb des Einzelplans 07 gesetzt würden als ohnehin schon. Aufgrund der wachsenden Stadt gebe es mehr Aufgaben, weshalb die Stiftung Naturschutz im Rahmen des Doppelhaushalts 2,6 Mio. Euro über die Ansätze im Haushaltplan hinaus erhalten solle. Dieses Geld solle für mehr Personal, mobile Schulumweltbildung sowie Antimüllinitiativen genutzt werden.

Im Haushalt werde zwar schon Geld für die Umrüstung von Schiffen bereitgestellt, die Koalitionsfraktionen wollten den Ansatz aber mehr als verdoppeln und deshalb 1 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Der Einbau von Filtern bei Fahrgastschiffen führe dazu, dass die Emissionen von Dieselruß und NO_x um bis zu 90 Prozent gemindert würden.

Die Mittel für die Stadtbaumkampagne sollten mithilfe eines Änderungsantrags um 1 Mio. Euro erhöht werden. Aus Klimagründen müsse nunmehr neben einem Winterdienst auch ein Sommerdienst eingeführt werden, damit die Bäume – insbesondere neu angepflanzte – auch gegossen werden könnten. Dieser großen Aufgabe wolle sich die Koalition in Kürze widmen.

Die Kleingartenanlagen sollten trotz der wachsenden Stadt nahezu vollständig erhalten werden. Dazu gehöre allerdings auch, dass sie sich ein Stück weit verändern und öffnen müssten. Es sollten Parzellen neu strukturiert, Ersatzparzellen geschaffen, aber auch das gemeinsame Gärtnern und die Naturbildung vor Ort vorangebracht werden. Hierfür seien zusätzlich 1 Mio. Euro im Haushaltplanentwurf vorgesehen. – Auch für den Ausbau der Trinkwasserbrunnen sähen die Koalitionsfraktionen 1 Mio. Euro zusätzlich vor. – Weiterhin wollten sie ein Pilotprojekt zur Begrünung von und Anbringung von Solarzellen auf Haltestellendächern initiieren, wofür 100 000 Euro vorgesehen seien.

Ein weiteres großes Projekt solle die Überdeckelung der A 100 sowie weiterer Autobahnabschnitte sein. Ein entsprechender Antrag sei im Juni beschlossen worden. Um diesen auch umsetzen zu können, sollten nunmehr 1 Mio. Euro für Machbarkeitsstudien und Konzeptionserstellung in den Haushalt eingestellt werden.

Tino Schopf (SPD) äußert, die größte Herausforderung sei der Klimaschutz. Die Koalitionsfraktionen hätten sich deshalb darauf verständigt, die Verkehrswende in Berlin einzuleiten und den Umweltschutz zu verstärken. Im Vergleich zum laufenden Haushaltssjahr steige das Haushaltsvolumen im Jahr 2020 um 12 Prozent, im Jahr 2021 sogar um 17 Prozent, wovon das Gros auf den Verkehrsbereich entfalle. Die Mittel sollten zum einen für Angebotsverbesserungen sowie zur Finanzierung der im Nahverkehrsplan dargestellten Mehrleistungen – Taktverdichtungen, Erneuerung der BVG-Flotte, Ausweitung des Straßenbahnnetzes, Erneuerung der bestehenden Infrastruktur – dienen. Darüber hinaus sollten die Ansätze für die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Verbesserung des Fußverkehrs und die Schulwegsicherheit erhöht werden. Seine Fraktion trete zudem dafür ein, auch die schienengebundenen Angebote zu verstärken. Um mehr Fahrgäste befördern zu können und um die Attraktivität zu erhöhen werde eine moderne, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur benötigt. Dazu gehörten neben der

Erweiterung des Straßenbahnnetzes auch der Aus- und Weiterbau des U-Bahnnetzes. Seiner Fraktion komme die U-Bahn im vorliegenden Haushaltplanentwurf zu kurz.

Frank Scholtysek (AfD) bekundet, der vorgelegte Haushaltplanentwurf sei unausgewogen, enttäuschend und trage offen eine ideologische rot-rot-grüne Handschrift, indem der Radverkehr im Fokus stehe, der Autoverkehr vernachlässigt werde und die Gleichberechtigung aller Verkehrsarten fehle. Es gehe darum, unklare Projekte zu fördern und anzuschieben, von denen einige noch nicht einmal in die Zuständigkeit des Senats fielen, wozu aus seiner Sicht die Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems gehöre.

Bei den Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms gehe es immer nur um Zuschüsse an natürliche Personen, öffentliche und private Unternehmen sowie gemeinnützige Einrichtungen. Wer allerdings nach welchen konkreten Kriterien gefördert und mit welchen Erfolgskontrollen versehen werden solle, sei ungeklärt. Der Ansatz in Höhe von mehr als 20 Mio. Euro für diese Titel stelle aus Sicht seiner Fraktion Steuergeldverschwend dar, wenn nicht sogar Veruntreuung von Geldern. Darüber hinaus kritisiere er die Aufblähung der infraVelo GmbH, sowie die dafür in Ansatz gebrachten Mittel in Höhe von 8 Mio. Euro bzw. 9 Mio. Euro.

Seine Fraktion lehne Elektromobilität, insbesondere die Anschaffung von Elektrobussen einschließlich zugehöriger Ladeinfrastruktur rundherum ab. – Auch die im Haushalt aufgeführten Straßenbahnprojekte lehne seine Fraktion zum Teil ab, wozu insbesondere die Straßenbahn über die Leipziger Straße zum Potsdamer Platz gehöre. Der Fokus seiner Fraktion liege eindeutig auf dem Ausbau des U-Bahnnetzes sowie auf dem Einsatz von Euro-6-Dieselsbussen anstelle von Elektrobussen.

Kristian Ronneburg (LINKE) unterstreicht, die Bedeutung des Verkehrsbereichs werde durch die Höhe der Ansätze in diesem Bereich deutlich. Zudem gebe es hier starke Aufwüchse bei den Personalmitteln. Die Stellen müssten dringend besetzt werden, weil engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt würden, damit die Verkehrswende vorangetrieben sowie der Umweltverbund, der Rad-, Schienen- und Fußverkehr gestärkt werden könnten.

Im Zusammenhang mit dem Radverkehr halte er die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen für bemerkenswert. Einerseits bekundeten auch sie, den Radverkehr stärken zu wollen, andererseits werde jedoch beispielsweise vorgeschlagen, die Mittel für die infraVelo GmbH komplett zu streichen.

Der Fokus der Linksfraktion liege eindeutig auf der Straßenbahn, was in den zurückliegenden beiden Jahren bereits mehrfach im Plenum verdeutlicht worden sei. Wenn die Verkehrswende vorangetrieben werden solle, müsse vor allem auf die Straßenbahn gesetzt werden. Seine Fraktion könne sich diesbezüglich noch viel mehr vorstellen und schlage deshalb vor, die Mittel für die Straßenbahn in einem eigenen Titel auszuweisen, damit sie dann auch zweckgebunden ausgegeben würden. – Auch die Ansätze für den Fußverkehr stiegen deutlich.

Auch geringere Mittel könnten eine große Wirkung entfalten. So solle ein Organisationsgutachten für das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten erstellt werden, um die Behörde für die Kontrolle des Mietwagenverkehrs aufzustellen. Hierbei gehe es um den Schutz des Taxigewerbes.

Das bisherige Leihfahrradsystem solle analysiert und die Weichen möglicherweise in eine andere Richtung gestellt werden. Mit dem Nextbike-System stoße man auf erhebliche Probleme. Es solle ein flächendeckendes Leihfahrradsystem etabliert werden. – Seiner Fraktion sei es sehr wichtig, ein Konzept zur Mobilitätssicherung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen auf den Weg zu bringen. – Ein weiteres wichtiges Projekt sei die Etablierung temporärer Spielstraßen. Künftig sollten Anwohnerinitiativen unterstützt werden. – Als Letztes Vorhaben nenne er die Umsetzung des Nahverkehrsplans für die Bezirke. Dafür solle ein neuer Titel quasi mit Türöffnerfunktion eingerichtet werden.

Dr. Michael Efler (LINKE) hebt hervor, mit dem Haushaltplanentwurf sollten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Berlin so schnell wie möglich klimaneutral werde. Der Senat sei diesbezüglich mit seinem Entwurf bereits auf einem guten Weg gewesen, mithilfe der Änderungsanträge verbesserten die Koalitionsfraktionen hier noch.

Der Ausschöpfungsgrad beim Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm – BEK – sei unbefriedigend. Allerdings sei die Reaktion der Oppositionsfaktionen, die Ansätze zumindest zu kürzen, wenn nicht gar ganz abzuschaffen, völlig falsch. Stattdessen müsse eine stärkere Schwerpunktsetzung erfolgen, u. U. auch eine Zweckbindung erfolgen, keinesfalls dürften die Ansätze jedoch als Sparbüchse benutzt werden. Es seien Ausgaben für die unvermeidlichen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels vorgesehen, es solle ein Gutachten zur Verschärfung der Klimaziele erstellt werden, ebenfalls seien Ausgaben für das Klimabündnis vorgesehen. Allerdings stünden auch noch weitere Aufgaben an: Die Personalausstattung müsse verstärkt, die Grünflächenämter müssten in den Fokus genommen und auch die Ausgaben für den Wald müssten noch verstärkt werden.

Henner Schmidt (FDP) geht davon aus, dass alle Fraktionen das grundsätzliche Interesse hätten, massiv zu investieren – in alle Bereiche des Verkehrs sowie in die Bereiche Umwelt und Klimaanpassung.

Seine Fraktion habe bewusst einige Schwerpunkte gesetzt. Der eine sei der Bereich Verkehr, für den explizit Projekte vorgeschlagen würden, die sich bereits seit sehr langer Zeit in der Diskussion befänden: S-Bahnhof Perleberger Brücke, Neubau der Brommybrücke, Vorziehen der Stammbahn im Rahmen des Programms i2030, Überdeckelung der Stadtautobahn sowie Ansätze für die U-Bahn. Er habe zur Kenntnis genommen, dass überhaupt Planungsmittel für den U-Bahnbau eingestellt seien. Die FDP-Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen die Tram, halte einzelne Strecken aber für unvernünftig und schlage deshalb vor, die Ansätze dafür zu streichen.

Im Bereich Umwelt und Natur solle insbesondere für Bäume mehr ausgegeben werden. Seine Fraktion sehe 4,5 Mio. Euro jährlich für die Baumpflege vor. Langfristig müsse das Geld für diesen Zweck in die Bezirkshaushalte überführt werden. – Auch für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie solle zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. In dem entsprechenden Bericht sage der Senat selbst, er wisse, dass er die Ziele nicht erreichen werde. Zusätzliches Geld solle für das Thema Schiffsumrüstungen bereitgestellt werden. All diese Maßnahmen seien mit einem direkten Umwelteffekt verbunden.

Für die Vorschläge zur Gegenfinanzierung habe seine Fraktion ins BEK gegriffen, allerdings keine pauschale Streichung vorgenommen, sondern die einzelnen Maßnahme- und Handlungsfelder genau betrachtet. Seine Fraktion wolle einige Kampagnen streichen, weil es besser sei zu investieren, anstatt Papier zu bedrucken.

Die FDP-Fraktion verfolge das Ziel der Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung. Im Fall des Einzelplans 07 halte sie das Grundwasserentnahmementgelt als dafür geeignet. – Er hoffe, dass es zu einer Diskussion über die verschiedenen Änderungsanträge komme, damit er die Intentionen der anderen Fraktionen verstehe.

Harald Moritz (GRÜNE) hebt hervor, der Haushaltsentwurf beweise, dass die Verkehrswende ernsthaft betrieben und der Umweltverbund gestärkt werde. Klares Signal dafür sei, dass die Ausgaben für die BVG von 2020 auf 2021 um mehr als 200 Millionen Euro stiegen. Dann werde auch der neue Verkehrsvertrag mit seinen Angebotsausweitungen wirken. Es werde in den Straßenbahnausbau investiert. Die Fraktion der Grünen gehe nicht davon aus, dass in dieser Legislaturperiode in den U-Bahnausbau investiert werde. Im Umweltverbund stelle der Fahrradverkehr einen wichtigen Aspekt dar, weshalb er auch gestärkt werden solle. Auch in die Straßeninfrastruktur werde in nennenswertem Umfang investiert, dies insbesondere bei den Brücken. In Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – werde aufgrund der Mauteinnahmen deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen.

Die Schwerpunkte der Änderungsanträge im Verkehrsbereich lägen auf Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit, Schulwegen und dem Fußverkehr.

Georg Kössler (GRÜNE) fügt an, es gebe weitere Schwerpunkte in dem Einzelplan, die bislang noch nicht erwähnt worden seien. Dazu gehöre, dass die Mittel für Zero-Waste-Initiativen um 750 000 Euro heraufgesetzt würden, es nicht nur ein Gebrauchtwarenhaus, sondern mehrere geben solle. Auch viele kleine Projekte gehörten dazu, wie Trinkwasserspender an Schulen, versehen mit einem Bildungsprogramm. Berlin sei Blue Community und dies solle endlich mit Leben erfüllt werden. Beim BEK müsse der Senat seine Hausaufgaben machen. Die Mittel und die dahinter stehenden Maßnahmen seien gut, sie müssten nur endlich umgesetzt und dürfen nicht gestrichen werden. Die Umsetzung hänge auch am Personal, auch hier müsse aus Sicht seiner Fraktion nachgebessert werden.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) äußert, es freue ihn, dass einige Träger aus der Zivilgesellschaft in einkommensschwachen und benachteiligten Gebieten gefördert würden, wie der Naturwacht e. V., die Naturschutzstation Hahneberg. – Die Bäume seien nicht vergessen worden. Für diesen Zweck würden größere Summen benötigt und hier werde nachgebessert werden, damit die Bezirke in die Lage versetzt würden, ihr Grün besser zu pflegen und Bäume nachzupflanzen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Generalaussprache damit erledigt sei.

Einzelplan 07 – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Übergreifend Veranstaltungen und Publikationen

Nrn. 1 bis 5

Bericht Nrn. 1 bis 5 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Jeweils keine Wortmeldung.

Übergreifend

Nr. 7

Bericht Nr. 6 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Danny Freymark (CDU) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass in der Vergangenheit das zur Verfügung stehende Geld nicht komplett verausgabt worden sei, eigentlich aber mehr Mittel benötigt würden.

Birgit Fritz-Taute (SenUVK) bestätigt, dass das Geld in der Vergangenheit nicht verausgabt worden sei. Man laufe derzeit beim Regenwassermanagement auf einen Ausgabeberg zu, weil nunmehr größere Maßnahmen anstünden, die wesentlich teurer seien als die kleineren Maßnahmen aus der Vergangenheit. Deshalb treffe es zu, dass künftig mehr Geld benötigt werde.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage beantwortet sei.

Übergreifend

Nrn. 9 und 10

Bericht Nrn. 7 und 8 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Übergreifend.

Titel 52703 – Dienstreisen

Nr. 12

Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Übergreifend

Nr. 13

Berichte Nrn. 1 und 10 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der FDP

Henner Schmidt (FDP) merkt an, es wäre hilfreich gewesen, wenn die Titel in dem Bericht klarer ausgewiesen worden wären. So sei es mühselig gewesen, sie zu finden.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Senatsverwaltung zusage, dies in Zukunft umzusetzen.

**Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 97203 (Neu) – Pauschale Minderausgaben

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 - 9 113 000

Ansatz 2021 - 10 406 000

Begründung: Gegenfinanzierung

Daniel Buchholz (SPD) bittet darum, dass über diesen Änderungsantrag erst am Ende der Sitzung abgestimmt werde, weil erst dann klar sei, in welcher Höhe eine Gegenfinanzierung der Änderungsanträge notwendig sei.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 52610 – Gutachten

Nr. 16

Bericht Nr. 11 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit**

Nr. 17 a und b

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU

Keine Wortmeldung.

Nr. 17 c

Berichte Nrn. 1 und 10 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	1 080 000	-990 000
Ansatz 2021	1 080 000	-990 000

Darin

4. Mobilitätskampagne

Ansatz 2020	990 000
Ansatz 2021	990 000

Begründung: Die Begründung für die Mobilitätskampagne erscheint nicht ausreichend und zu allgemein für eine Kampagne dieser Größenordnung. Die Wirkung einer solchen Kampagne ist zweifelhaft.

Änderung der Titelerläuterung: Streichung des Punktes 4 „Mobilitätskampagne“ aus der Erläuterung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Abstimmung über den gleichlautenden Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU damit entfalle.

Titel 53316 – Veranstaltungen, Projekt demografischer Wandel, Stadtforum
Nr.18

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen
Nr. 20 a und b

Bericht Nr. 12 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Titel 54053 – Veranstaltungen
Nr. 21

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

MG 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Nr. 22 c

Bericht Nrn. 13 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	2 000 000	-80 000
Ansatz 2021	2 214 000	-80 000

VE Ansatz 2020 1 119 000

VE Ansatz 2021 300 000

Begründung: Wegfall der Position „Verkehrslenkung Berlin“ (Seite 28)

Änderung der Titelerläuterung: Streichung des Punktes „Verkehrslenkung Berlin“ (Seite 28)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

**Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz –**

Übergreifend

Nr. 23

Bericht Nr. 14 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

MG 02 Freiwilliges Ökologisches Jahr

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Nr. 24

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärmminderung im Straßenland

Nr. 26 a, b und c

Bericht Nr. 15 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU, sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldung.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Nr. 27 a und b

Bericht Nr. 16 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	80 000	+ 30 000
Ansatz 2021	55 000	+/- 0

Begründung: Es soll eine zusätzliche Studie finanziert werden: Hier soll untersucht werden, inwieweit ökonomische Instrumente wie CO2-Preise, Plastikabgaben etc. auch auf kommunaler Ebene und Landesebene in der Klima- und Umweltpolitik eingesetzt werden können.

Änderung der Titelerläuterung: Neuer Teilansatz 3: „Ökonomische Instrumente auf Landesebene in der Klima- und Umweltschutzpolitik“
2020: 30.000 | 2021: 0

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	80 800	-10 000
Ansatz 2021	82 400	-10 000

Begründung: Eine Kampagne für Heizen mit Holz erscheint als nicht relevant, da sie sich nur an einen Adressatenkreis richtet, der bereits informiert sein sollte.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Nr. 28 a bis c

Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grüne, sowie der Fraktion der CDU, sowie der Fraktion der FDP

Danny Freymark (CDU) wendet sich dem Teilansatz für das Reparaturnetzwerk zu, wofür 105 000 Euro vorgesehen seien. Er wolle wissen, wie dieses konkret organisiert werden solle: pro Bezirk eine Initiative? Wenn dem so wäre, hielte er dies für eine Parallelstruktur, weil es in vielen Ortsteilen bereits Initiativen gebe, die Fahrräder reparierten. – Zur Abfallberatung zu Zero-Waste an Schulen frage er, ob der Ansatz in Höhe von 58 000 Euro ausreichend sei.

Wenn er an Schulen diskutiere, erlebe er immer wieder, dass dort oft nur ein Müllbehälter vorhanden sei und der Müll gar nicht getrennt werden könne.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) legt dar, genau wegen der geschilderten Situation an den Schulen sei ein Projekt aufgelegt worden, das sehr erfolgreich sei. Nunmehr gingen die Schüler/-innen durch die Schulen und identifizierten die verschiedenen Müllarten. Es sei nicht einfach, dies auf Dauer durchzuhalten, denn nach der Mülltrennung müsse dies von den Reinigungsdiensten auch entsprechend geleistet werden.

Michael Thielke (SenUVK) verweist darauf, dass das Reparurnetzwerk bereits im Bericht Nr. 14 erläutert worden sei. Das Projekt werde von der Handwerkskammer unterstützt. Es solle im Rahmen des Gesamtprojekts Zero-Waste umgesetzt werden, auch im Hinblick auf Gebrauchtwarenhäuser.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	1 900 000	- 400 000
Ansatz 2021	1 900 000	- 400 000

Darin Punkt 24 –

Verstärkte Abfallberatung

Ansatz 2020 500 000

Ansatz 2021 500 000

Begründung: Eine Abfallberatungskampagne in diesem Maß erscheint übertrieben.

Änderung der Titelerläuterung:

in Punkt 24

2020: 100 000 €

2021: 100 000 €

Hinner Schmidt (FDP) hat den Eindruck gewonnen, dass die Abfallberatungskampagnen sich häufig an diejenigen wendeten, die ohnehin wüssten, was sie machen sollten und nicht diejenigen erreichten, die eigentlich beraten werden müssten. Er glaube deshalb, dass zu viel Geld in Beratungskampagnen gesteckt werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 900 000	+ 320 000
Ansatz 2021	1 900 000	+ 320 000
VE Ansatz 2020	500 000	
VE Ansatz 2021	500 000	

Teilansatz 22: Strategie und Umsetzung
Zero Waste

2020: 100.000
2021: 100.000

Teilansatz 2: „Regelmäßige Erstellung und Fortschreibung einer Stoffstrom-, Klima- und Umweltbilanz für die Berliner nicht gefährlichen Abfälle zur Umsetzung einer vorbildhaften klima- und umweltfreundlichen Abfallentsorgung im Land Berlin (2019: 82.500 €)“

2020: 47.500
2021: 82.500

Begründung: Berlin hat sich das Leitbild „Zero Waste“ gegeben und wird mit dem neuen Abfallwirtschaftskonzept einen Aktionsplan „Zero Waste“ beschließen. Um Maßnahmen daraus umzusetzen, bedarf es weiterer Mittel in diesem Titel.

Änderung der Titelerläuterung:

Erhöhung des Teilansatzes 22 um 300.000 € p.a. auf 2020 400.000 € und 2021 auf 400.000 €
Erhöhung des Teilansatzes 2 um 20.000 € p.a. auf 2020 67.500 € und 2021 102.500 €

Georg Kössler (GRÜNE) erläutert, mithilfe des Änderungsantrags solle der Titel fast wieder auf das Niveau der vergangenen beiden Jahre gehoben werden. Die Ansätze seien nahezu ausgeschöpft worden, es träten aber neue Aufgaben hinzu. So solle in den Abfallwirtschaftsplan ein Aktionsplan Zero-Waste verankert werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fraktion der CDU ihren Änderungsantrag Nr. 3 zurückziehe.

Titel 63101 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an den Bund

Nr. 30

Bericht Nr. 18 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Nr. 31

Bericht Nr. 19 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Nr. 32 a und b

Bericht Nr. 20 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 1 170 000 + 290 000

Ansatz 2021 1 170 000 + 290 000

Teilansatz 1: „im Rahmen des Schallschutzfensterprogramms (2019: 939.000 €)“

2020: 885 000

2021: 885 000

Teilansatz 3: „zum Aufbau eines Gebrauchtwarenkaufhauses (neu)“

2020: 225 000

2021: 225 000

Begründung: In den Gebrauchtwarenkaufhäusern sollen nicht nur Gebrauchtwaren verkauft werden, sondern sie sollen verschiedenste Angebote aus dem Bereich Zero-Waste vereinen. Sie sollen auch Bildungsangebote für Berlinerinnen und Berliner anbieten. (+175.000,00€)

Aufstockung des Schallschutzfensterprogramms auf jährlich 1 Mio. Euro (+115.000)

Änderung der Titelerläuterung: Erhöhung der Teilansätze

1. „im Rahmen des Schallschutzfensterprogramms (2019: 939.000 €)“ um 115.000 p.a. auf 1.000.000,00 €

3. „zum Aufbau eines Gebrauchtwarenkaufhauses (neu)“ um 175.000 p.a. auf 400.000,00 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020 1 170 000 - 285 000

Ansatz 2021 1 170 000 - 285 000

zu 2. 60 000 - 60 000

zu3. 225 000 - 285 000

Begründung: Mehrwegbecherprojekte oder die Einrichtung bzw. Förderung von Gebrauchtwarenkaufhäusern sind keine öffentlichen Aufgaben. Seit Jahrhunderten gib es den „Trödler“, gibt es private Betreiber von Gebrauchtwarenläden und -kaufhäusern. Auch caritative Einrichtungen, z.B. der Kirchen, betreiben solche. Das Land Berlin hat hier nicht einzutreten.

Viele Anbieter mit Kaffeeausschank bieten seit Jahren Rabatte für Mehrwegbecher, Mehrwegbecher zum Kauf und zur Mitnahme an, auch hier sollte das Land Berlin weder eingreifen noch eine Parallelwirtschaft aufbauen.

Änderung der Titelerläuterung: Streichung der Unterpunkte 2 (Mehrwegbecher-system) und 3 (Aufbau Gebrauchtwarenkaufhaus)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 89210 (neu) – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	450 000	+ 700 000
Ansatz 2021	450 000	+ 700 000

Begründung: Mit den avisierten Zuschüssen sind gerade einmal 4 Schiffe pro Jahr umzurüsten. Ziel muss es sein, von den ca. 150 bestehenden Schiffen eine größere Anzahl pro Jahr umzurüsten.

Henner Schmidt (FDP) erinnert an die Generalaussprache, in der die Umrüstung der Schiffe auf andere Antriebsarten bereits eine Rolle gespielt habe. Mit dem Ansatz könnten gerade einmal vier Schiffe umgerüstet werden, insgesamt gebe es aber 150. Deshalb wolle seine Fraktion den Ansatz um 700 000 Euro erhöhen, was 200 000 Euro mehr sei als im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Georg Kössler (GRÜNE) weist darauf hin, dass das Förderprogramm von Komplettfinanzierung auf Zuschüsse umgestellt werde. Somit könnten 15 bis 20 Schiffe umgerüstet werden. Inhaltlich gebe es in der Sache keinen Dissens.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	450 000	+ 500 000
Ansatz 2021	450 000	+ 500 000

Begründung: Aufwuchs für mehr SchiffsNachrüstungen

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die CDU-Fraktion ihren Änderungsantrag Nr. 5 zurückziehe.

MG 02 Freiwilliges Ökologisches Jahr
Nr. 34 a bis c

Bericht Nr. 21 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	1 726 000	+ 250 000
Ansatz 2021	1 908 000	+ 250 000

VE Ansatz 2020 1 208 000
VE Ansatz 2021 1 303 000

Begründung: Erhöhung der Zuschüsse zur Beförderung des FÖJ.

Henner Schmidt (FDP) stellt fest, grundsätzlich teilten alle das Anliegen, die Ansätze für das Freiwillige Ökologische Jahr – FÖJ – zu verstärken, die Änderungsanträge seien jedoch bei unterschiedlichen Titeln gestellt worden. Seine Fraktion wolle eine Monatskarte finanzieren, die Koalitionsfraktionen offenbar das Taschengeld erhöhen. Bei welchem Titel man dabei ansetze, sei ihm egal, wichtig sei, dass gehandelt werde.

Daniel Buchholz (SPD) betont, die Koalitionsfraktionen wollten ein klares Zeichen für die Teilnehmer/-innen am FÖJ setzen. Dabei habe man sich bewusst für die Erhöhung des Taschengeldes entschieden. Die Koalitionsfraktionen hielten die Finanzierung einer Monatskarte nicht für erforderlich, weil das neue Azubi-Ticket erstmals auch von Personen in Freiwilligendiensten bezogen werden könne. Somit könnten sie für 1 Euro pro Tag durch ganz Berlin und Brandenburg fahren. Er bitte um Zustimmung zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Danny Freymark (CDU) begrüßt es, dass nahezu alle Fraktionen in der Sache aktiv geworden seien. Dem Bericht habe er entnommen, wer später in das FÖJ einsteige, habe keinen Anspruch auf ein ermäßigtes Ticket. Wie solle dieses Problem gelöst werden? Er sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass das Azubiticket für FÖJler gerade nicht gelte. Wie solle darauf reagiert werden? Auf der anderen Seite gebe es eine Reihe von Personengruppen, die mittlerweile entgeltfrei den ÖPNV nutzen könnten.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, alle Auszubildenden – einschließlich der in den Freiwilligendiensten – könnten das neue Ticket nutzen, weshalb es hier keinen Handlungsbedarf gebe. Gerade deshalb hätten sich die Koalitionsfraktionen dafür entschieden, das Taschengeld zu erhöhen. Wofür das Taschengeld dann ausgegeben werde, bleibe den FÖJlern selbst überlassen.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) berichtet, viele FÖJler kämen aus Berlin. Auch nach seiner Ansicht biete die Erhöhung des Taschengeldes die größtmögliche Flexibilität. Die 30 Euro könnten auch für das Azubiticket genutzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 726 000	+ 182 000
Ansatz 2021	1 908 000	+ 182 000
VE Ansatz 2020	1 208 000	
VE Ansatz 2021	1 303 000	

Begründung: Für die Erhöhung des Taschengeldes um 30 € pro Monat.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

MG 03

Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung BENE

Nr. 35 a

Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

**Titel 54696 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020)**

Nr. 35 b

Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage auf Antrag der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldung.

**Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für
nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

Nr. 35 c, d und e

Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der CDU, sowie der AfD-Fraktion, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

**Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner
Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

Nr. 35 f, g und h

Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der CDU, sowie der AfD-Fraktion, sowie der FDP-Fraktion

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Integrativer Umweltschutz –**

Titel 09901 – Abwasserabgabe

Nr. 36 a und b

Bericht Nr. 23 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Titel 11147 – Grundwasserentnahmehentgelt

Nr. 37 a und b

Bericht Nr. 24 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	58 100 000	- 5 800 000
Ansatz 2021	58 100 000	- 5 800 000

Begründung: Das Grundwasserentnahmehentgelt ist in Berlin mit 31 Cent pro m³ das höchste aller Bundesländer – der Bundesdurchschnitt liegt bei 6 Cent pro m³. Eine Senkung (Vorschlag: um 10%) erscheint angemessen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Nr. 39

Bericht Nr. 25 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 52104 – Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes

Nr. 40

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Nr. 41 a bis c

Bericht Nr. 26 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 950 000	+ 100 000
Ansatz 2021	1 950 000	+ 100 000

Begründung: Das Abgeordnetenhaus hat im Jahr 2018 beschlossen, dass Berlin zur Blue Community wird. Die Arbeit zum Thema „Blue Community“ soll durch Haushaltsmittel unterstützt werden.

Änderung der Titelerläuterung: neuer Teilansatz 15: „Maßnahmen im Rahmen der Blue Community“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen

Nr. 42

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund

Nr. 43

Bericht Nr. 27 der Sammelvorlage auf Antrag der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldung.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Nr. 44 a bis c

Bericht Nr. 28 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 747 000 + 100 000
Ansatz 2021 764 000 + 300 000

Begründung: Mehr Mittel für verstärkten Betrieb der Regenwasseragentur.

Änderung der Titelerläuterung: Mittel für den weiteren Betrieb der Regenwasseragentur inklusive einer Vor-Ort-Beratung und verstärkter Kampagnenarbeit.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 67138 – Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen
Nr. 45 a und b

Bericht Nr. 29 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 3 771 000 - 100 000
Ansatz 2021 3 771 000 - 100 000

VE Ansatz 2020 601 000
VE Ansatz 2021 601 000

Begründung: Kosten für Gutachten und Planungen einer Retentionsbodenfilteranlage im Schäfersee in Reinickendorf-Ost

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ohne Aussprache ab.

Titel 81179 – Fahrzeuge
Nr. 47

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020 685 000 + 150 000
Ansatz 2021 651 000 + 150 000

Punkt 6 in 2020 –
4 Luftschatstoffanalysatoren
Ansatz 2020 50 000

Punkt 8 in 2021
5 Luftschatstoffanalysatoren
Ansatz 2021 60 000

Begründung: Der Haushaltsentwurf sieht nur Ausgaben für den Ersatzbedarf vor. Sinnvoll wäre zusätzlich eine Aufstockung der Mittel für Luftschatstoffanalyse zur Erhöhung der Anzahl Messgeräte, um eine stärker örtlich differenzierte Messung zu ermöglichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 685 000 +/- 0
Ansatz 2021 651 000 +/- 0

Punkt 16: „Air Pointer“ mit Outdoor-Display zur Information der Bevölkerung über die Luftgüte“

Änderung der Titelerläuterung: Ersetzung „Airpointer“ durch „Microstationen“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung

Nr. 49

Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020 10 500 000 + 3 000 000
Ansatz 2021 9 000 000 + 3 000 000

Begründung: Der Senat berichtet selbst „Die Umsetzung der Ziele der WRRL ist bis 2027 in Berlin, in Deutschland und Europa flächendeckend nicht zu schaffen“ (Bericht Nr. 5).

Zumindest eine weitere im Vergleich zum Ziel bescheidene Erhöhung, um die Anforderungen an die Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen, sollte jedoch vorgenommen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0721 – Fischereiamt

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr

Übergreifend Radverkehr

Nr. 53

Bericht Nr. 31 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Übergreifend Barrierefreiheit

Nr. 55

Bericht Nr. 32 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Übergreifend i2030

Nr. 56

Bericht Nr. 33 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der FDP

Tino Schopf (SPD) geht darauf ein, dass in dem Bericht auch sehr kleinteilige i2030-Maßnahmen dargestellt seien, wie beispielsweise die Anbindung von Werkstattstandorten oder die Einrichtung zusätzlicher Bahnsteigkanten. Er bitte um eine Konkretisierung.

Hartmut Reupke (SenUVK) berichtet, im Rahmen von i2030 gebe es die großen Korridore im Regionalverkehr und darüber hinaus für den Berliner S-Bahnverkehr rund 30 sehr kleinteiliger Maßnahmen. Dabei gehe es beispielsweise um den Bahnsteig im S-Bahnhof Westend oder um Zugbildungsanlagen. Im Einzelnen könne er keine weiteren Auskünfte geben, weil derzeit die Konsolidierung der Maßnahmen anstehe und anschließend im Rahmen des Projektes entschieden werde, wie damit umgegangen werden solle. Insgesamt seien die Maßnahmen für die Stabilität des S-Bahnbetriebs bzw. des verstärkten S-Bahnbetriebs in Berlin notwendig.

Auf die Frage von **Kristian Ronneburg** (LINKE), ob eine Aussage getroffen werden könne, wann die Konsolidierung abgeschlossen sein werde, antwortet **Hartmut Reupke** (SenUVK), dass die im Oktober im Lenkungsausschuss geschehen solle.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht

Nr. 57

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen

Nr. 59 a und b

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Bericht Nr. 34 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Nutzungsentgelte für Überlassung des ZOB

Nr. 60

Bericht Nr. 35 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder

Nr. 62 A (neu)

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen

Nr. 63 A (neu)

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO
Nr. 64 a und b

Bericht Nr. 36 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	36 913 000	+/- 0
Ansatz 2021	18 038 000	+ 2 350 000

Begründung: Zusätzliche Entnahme zur Finanzierung der Planung der Stammbahn. Die Planung und der Bau der Stammbahn führt zur Entlastung für Pendler und zu weniger Autoverkehr in Berlin. Sie ist ein vordringliches Projekt, dessen Planung schon 2021 begonnen werden sollte. Die Planungskosten werden analog zur Siemensbahn (2,347 Mio.) angenommen.

Korrespondiert mit Kapitel 0730, Titel 68235

Henner Schmidt (FDP) macht darauf aufmerksam, der Titel korrespondiere mit Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben –. Seine Fraktion wolle das Thema Stammbahn explizit in den Haushalt schreiben, um nicht bis zum Jahr 2022 warten zu müssen und dann erst mit den Planungen zu beginnen.

Oliver Friederici (CDU) fragt, ob demnach der Ansatz für 2021 erhöht werden solle.

Henner Schmidt (FDP) bestätigt, dass in Titel 68235 der Ansatz um 2,35 Mio. Euro erhöht werden solle, um mit den Planungen für die Stammbahn beginnen zu können. Weil alle anderen Maßnahmen in diesem Titel per Entnahme aus der Rücklage finanziert würden, solle dies auch im Fall der Stammbahn so gemacht werden. Die Rücklage lasse dies zu.

Oliver Friederici (CDU) fragt, ob diese finanzielle Absicherung notwendig sei.

Hartmut Reupke (SenUVK) erklärt, dass für alle Maßnahmen, die im Projekt i2030 vorgesehen seien, sei im Haushaltspunkt entsprechend des Fortschritts Vorsorge getroffen worden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs
Nr. 65 a bis c

Bericht Nr. 37 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie Fraktion der CDU, sowie Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Titel 52115 – Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen

Nr. 66 a und b

Bericht Nr. 38 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldung.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Nr. 67

Bericht Nr. 39 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	3 000 000	+ 500 000
Ansatz 2021	3 000 000	+ 500 000

Begründung: Mehr für verstärkten Ausbau von Querungshilfen

Harald Moritz (GRÜNE) legt dar, Querungshilfen trügen zur Verbesserung des Fußverkehrs sowie der Verkehrssicherheit insgesamt bei. Deshalb solle der dafür vorgesehene Ansatz verstärkt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs

Nr. 68

Bericht Nr. 40 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	3 000 000	- 1 560 000
Ansatz 2021	3 000 000	- 1 560 000
VE Ansatz 2020	2 000 000	- 1 000 000
VE Ansatz 2021	2 000 000	- 1 000 000

Begründung: Experimente, die von Anwohnern und Bürgern mehrheitlich abgelehnt werden, wie z. B. grüne Punkte auf der Fahrbahn für 145.000 Euro, sogenannten „Parklets“ zu Stückpreisen zwischen 17.000 bis 50.000, die Parkplätze blockierenden und als Müllkippe zweckentfremdet werden, und nicht funktionierende so genannten

„Begegnungszonen“ sind abschreckende Beispiele von Steuergeldverschwendungen. Maaßenstraße und Bergmannstraße zeigen, wie man es nicht machen darf. Daher Kürzung des Ansatzes. Sinnvolle, den Fußgängern dienliche Projekte wie Bordsteinabsenkung bei Fußgängerüberwegen und an Kreuzungen sollen weiterhin durchgeführt werden.

Henner Schmidt (FDP) erklärt, seine Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen. Die Gelder für die Begegnungszonen seien zum größten Teil bereits verausgabt, sodass von der Kürzung des Ansatzes andere Maßnahmen wie beispielsweise Querungshilfen betroffen wären, was seine Fraktion keinesfalls unterstützen.

Oliver Friederici (CDU) merkt an, auch seine Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen, weil alle der Verkehrssicherheit dienenden Maßnahmen gefördert werden sollten. Deshalb werde seine Fraktion dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, mit dem Vorschlag, den Ansatz zu erhöhen, zustimmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	3 000 000	+1 000 000
Ansatz 2021	3 000 000	+ 2 000 000

Begründung: Mehr für die Umsetzung der Vorgaben für den Fußverkehr nach dem Mobilitätsgesetz, Fußverkehrsteil

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 52135 – Straßenregenentwässerung

Nr. 70

Bericht Nr. 41 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Nr. 71

Bericht Nr. 42 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 405 000 + 100 000
Ansatz 2021 405 000 +/- 0

Begründung: Mehr für Organisationsgutachten zum LABO sowie für ein Gutachten zu Modellen zur Unterstützung ehrenamtlich Tätiger.

Änderung der Titelerläuterung: Am Beginn der Erläuterungen im Haushaltspoln einfügen: Es werden ein Gutachten zu Modellen zur Unterstützung ehrenamtlich Tätiger sowie ein Organisationsgutachten zum LABO (100.000 €) erstellt.

Kristian Ronneburg (LINKE) trägt vor, in der Sache gehe es um ein Organisationsgutachten zum LABO, worauf er in der Generaldebatte bereits verwiesen habe. Bei der Unterstützung ehrenamtlich Tätiger gehe es darum, Unterstützungsmodelle für Ehrenamtliche zu entwickeln, die darauf angewiesen seien, sich mit den öffentlichen Vermitteln zu bewegen und nicht über genügend finanzielle Mittel verfügen, um das ermöglichen zu können. Dazu gebe es unterschiedliche Ansätze in verschiedenen deutschen Städten. Nunmehr solle auch Berlin ein Modell entwickeln

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Nr. 71 A

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Nr. 73 a bis c

Bericht Nr. 43 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der AfD-Fraktion, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 2 099 000 + 1 000 000
Ansatz 2021 2 000 000 + 1 050 000

Änderung der Titelerläuterung:

Neuer Teilansatz 23: Neukonzeptionierung des Leihfahrradsystems in Berlin inklusive Ausdehnung auf die Außenbezirke (2020: 50.000 €)

Neuer Teilansatz 24: Erstellung eines Gesamtkonzepts Mobilitätssicherung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einschließlich Konzeptbeteiligung (2020: 200.000 €, 2021: 100.000 €)

Neuer Teilansatz 25: Konzept für anbieterneutrale Steganlagen unter Nutzung der Fähranleger der BVG (2020: 50.000 €)

Neuer Teilansatz 26: Temporäre Spielstraßen (2020: 50.000 €, 2021: 50.000 €)

Neuer Teilansatz 27: Förderprogramm für die Bezirke zur Beauftragung von Konzepten zur Verbesserung der Schulwegsicherheit (2020: 650.000 €, 2021 900.000 €)

Harald Moritz (GRÜNE) führt aus, im Zusammenhang mit dem neuen Mobilitätsgesetz werde das Thema temporäre Spielstraßen häufiger auftauchen. Deshalb wollten die Koalitionsfraktionen diesbezüglich Vorsorge treffen. Die Bezirke wiederum äußerten häufig den Wunsch, dass mehr für die Schulwegsicherheit getan werden müsse. Allerdings verfügten sie selbst nicht über die Kapazitäten, um entsprechende Untersuchungen durchzuführen. Deshalb sollten jetzt im neuen Teilansatz 27 Mittel bereitgestellt werden, damit derartige Untersuchungen in Auftrag gegeben werden könnten.

Danny Freymark (CDU) wendet sich dem Teilansatz 23 des Änderungsantrags zu, der für die Neukonzeptionierung und Ausweitung des Leihfahrradsystems auf die Außenbezirke vorgesehen sei. Ihn verwundere der geringe Ansatz, denn er gehe nicht davon aus, dass die Ausweitung lediglich 50 000 Euro kosten werde. Oder solle das Geld lediglich für die Erstellung eines Konzepts verwandt werden? Wenn dem so wäre, würde wieder zwei Jahre nichts geschehen. Aus seiner Sicht müsse Bike-Sharing im gesamten Stadtgebiet möglich sein. Wenn über die Teilansätze einzeln abgestimmt werde, werde seine Fraktion dem Teilansatz 23 zustimmen, andernfalls werde sie sich enthalten.

Daniel Buchholz (SPD) unterstreicht, auch aus Sicht der Koalitionsfraktionen müsse das Bike-Sharing des vom Land unterstützten Anbieters von in der gesamten Fläche von Berlin vertreten sein.

Zum Teilansatz 25: Auch auf den Flüssen Berlins solle die Mobilität deutlich umweltfreundlicher werden. Dazu gehörten deutlich weniger Abgase. Momentan sehe es so aus, dass die etablierten Anbieter von einem neuen Anbieter der E-Mobilität ihre Stege nicht nutzen ließen. Deshalb solle jetzt ein Konzept für anbieterneutrale Steganlagen erstellt werden, wobei auch geprüft werden solle, ob die Fähranleger der BVG für diesen Zweck genutzt werden könnten. Es müsse auch überlegt werden, wie künftig mit den Genehmigungen der Altanlagen verfahren werden solle. Es könne nicht sein, dass sich diese Genehmigungen auf ewig verlängerten und so der Markt unter einigen wenigen Anbietern aufgeteilt werde.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, selbstverständlich könnten mithilfe von 50 000 Euro nicht massenhaft Leihfahrräder in die Außenbezirke ausgebracht werden. Er verweise darauf, dass bereits ein Berichtsauftrag ausgelöst worden sei, wie das Nextbike-System weiter expandieren könne. Zudem erinnere er daran, dass die rot-schwarze Koalition eine Ausschreibung auf den Weg gebracht habe, bei er es um eine Bedienung des S-Bahninnenrings gegangen sei. Heute habe man mit den Konsequenzen der damaligen Vertragsgestaltung umzugehen. Wenn er den Bericht richtig verstanden habe, würde es selbst bei einer Vertragsverlängerung keine Ausdehnung in die Außenbezirke geben. Deshalb solle ein Sperrvermerk angebracht werden. Zudem wolle sich die Koalition berichten lassen, welche Art von Vergabe auf den Weg gebracht werden müsse, um die Ausweitung des Leihfahrradsystems zu ermöglichen.

Zum Teilansatz 27: Er gehe davon aus, dass dieses Anliegen fraktionsübergreifend unterstützt werde. Er verweise auf das Beispiel Reinhardswald-Grundschule, von dem weitere Bezirke lernen könnten, wie sie etwas für die Schulwegsicherheit tun könnten. – Schließlich wolle seine Fraktion auch etwas für die Fähren tun. Insgesamt seien die neuen Teilansätze sehr sinnvoll.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) geht davon aus, dass alle Fraktion in dem Wunsch geeint seien, das Leihfahrradsystem auf die Außenbezirke auszuweiten. Allerdings liege es nicht allein an den Anbietern, dass dies noch nicht geschehen sei. Ihn erreichten vielmehr immer wieder Berichte, dass Anbieter ihr Angebot räumlich gern ausweiten würden, von den zuständigen Stadträten einzelner Bezirke jedoch abgeblockt würden. Insofern müssten die Bezirke dazu gedrängt werden, die Leihradanbieter aufzunehmen und die notwendigen Stationen zu bauen.

Danny Freymark (CDU) erwidert, ihm seien derartige Fälle nicht bekannt. Er bitte darum, ihm diese zu nennen, um das Ansinnen der Ausweitung unterstützen zu können.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	2 099 000	- 773 000
Ansatz 2021	2 000 000	- 773 000
VE Ansatz 2020	1 000 000	- 368 000
VE Ansatz 2021	1 000 000	- 386 000
zu 5.	40 000	- 40 000
zu 9.	103 000	- 103 000
zu 19.	630 000	- 630 000

Änderung der Titelerläuterung:

Streichung Pkt. 5, 9 und 19

Kürzung VE 2020 und VE 2021 im prozentual gleichen Ansatz

Frank Scholtysek (AfD) bedauert, es habe sich leider ein Fehler eingeschlichen. Es sollte nicht der Teilansatz 5, sondern Teilansatz 7 verändert werden. Er bitte um Korrektur. Die Ansatzkürzungen bezögen sich auf die Weiterentwicklung der Tempo-30-Konzeption, Maßnahmen der Radverkehrsförderung sowie die Fortführung von Untersuchungen aufgrund des Mobilitätsgesetzes, die aus Sicht seiner Fraktion allesamt überflüssig seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion bezogen auf die Teilansätze 7, 9 und 19 ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	2 099 000	- 100 000
Ansatz 2021	2 000 000	- 100 000

Begründung: Kürzung um den Punkt 5 „Parkraumbewirtschaftung“ dieser erscheint nicht notwendig.

Änderung der Titelerläuterung: Streichung des Punktes 5 „Umsetzung Strategie Parken in Berlin, Maßnahmen des Parkraummanagements, Koordinierung Parkraumbewirtschaftung“ aus der Erläuterung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV

Nr. 74 a bis c

Bericht Nr. 44 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 11-1 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	399 451 000	+ 64 000
Ansatz 2021	554 144 000	+ 194 000

Begründung: Finanzierung eines Tickets für FÖJ-Teilnehmer analog zum Schülerticket.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fraktion der FDP den Änderungsantrag Nr. 11-1 zurückziehe, weil sich dieser aufgrund der Abstimmungen zum Themenkomplex FÖJ erledigt habe.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Nr. 75 a bis c

Bericht Nr. 45 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der AfD-Fraktion, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	120 000	- 35 000
Ansatz 2021	120 000	- 35 000
zu 1.	35 000	- 35 000

Änderung der Titelerläuterung: Streichung Pkt. 1, Sitzungen des Begleitgremiums FahrRat

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr.10 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	120 000	- 10 000
Ansatz 2021	120 000	- 10 000

Änderung der Titelerläuterung:

Darin

1. (Sitzungen FahrRat)

Ansatz 2020	- 20 000
Ansatz 2021	- 20 000

6. (Veranstaltungen integriertes
Wirtschaftsverkehrskonzept)

Ansatz 2020	+ 10 000
Ansatz 2021	+ 10 000

Begründung: Das Budget für den FahrRat erscheint gegenüber anderen Themen übertrieben hoch zu sein, während beim Thema Wirtschaftsverkehr noch erheblicher Nachholbedarf besteht, da dessen Einbindung ins Mobilitätsgesetz weiterhin ungeklärt ist.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität

Nr. 77 a bis c

Bericht Nr. 46 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der AfD-Fraktion, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	2 410 000	+/- 0
Ansatz 2021	1 710 000	- 975 000

zu 5.	100 000
zu 6.	100 000
zu 7.	460 000
zu 8.	150 000
zu 9.	165 000
Summe 5.-9.	975 000

Änderung der Titelerläuterung: Streichung der Punkte 5, 6, 7, 8 und 9 in 2021

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs
Nr. 81 a und b

Bericht Nr. 47 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldung.

Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs
Nr. 82 a bis c

Bericht Nr. 48 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, sowie der Fraktion der CDU, sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldung.

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen
Nr. 83
Nr. 83 A (neu)

Bericht Nr. 49 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen; sowie der Fraktion der CDU

Danny Freymark (CDU) lenkt das Augenmerk auf den Umstand, dass es an einigen geplanten Standorten von öffentlichen Toilettenanlagen Probleme mit der Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung gebe. Dabei handele es sich insbesondere um einen Standort am Bahnhof Hohenschönhausen. Es wundere ihn, weil es dort ein Polizeirevier, eine DB-Servicestation und anderes mehr gebe, dass dort Leitungen fehlten. Er bitte darum, den Standort erneut zu prüfen. Weiter wolle er wissen, ob ein Ersatzstandort ins Auge gefasst worden sei und wie die Prüfung stattfinde? Würden diese allein von den Bezirken vorgenommen?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) betont, es sei der Senatsverwaltung ein Anliegen, dass zentrale Standorte – insbesondere U- und S-Bahnhöfe – mit Toilettenanlagen versorgt seien. Es werde gemeinsam mit dem jeweiligen Bezirk nach Lösungen gesucht. Wenn sich ein Standort als nicht umsetzbar erweise, werde nach einem Ersatzstandort in unmittelbarer Nähe gesucht. Sie bitte darum, sie bei Problemen direkt anzusprechen. In der Sache handele es sich um ein wichtiges Vorhaben der Koalitionsfraktionen, die sowohl in der Qualität als auch in der Quantität neue Wege gingen.

Danny Freymark (CDU) fragt, ob die Verwaltung direkt zu dem von ihm benannten Standort auskunftsfähig sei.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass es keine weiteren Auskünfte gebe.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr
Nr. 84 a und b

Bericht Nr. 50 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	6 750 000	+500 000
Ansatz 2021	6 700 000	+500 000

Begründung: Bereitstellung von Planungsmitteln für die Verlängerung der U1 am östlichen und westlichen Ende (Westkreuz, Ostkreuz)

Henner Schmidt (FDP) plädiert dafür, zusätzliche Planungsmittel für die Verlängerung der U1 bereitzustellen. Mittel für die U8 und U7 befänden sich bereits hier.

Oliver Friederici (CDU) unterstützt den Änderungsantrag. Es gehöre zur Strategie einer wachsenden Stadt, auch U-Bahnen zu planen und zu bauen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.31 bis 13.03 Uhr]

Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau
Nr.85 a

Bericht Nr. 51 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	300 000	-300 000
Ansatz 2021	300 000	-300 000

Begründung: Wegfall des Titels

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 66201 – Schuldendienst für Darlehen für den Schienenverkehr
Nr. 87

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten

Änderungsantrag Nr. 11-2 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	95 667 000	+130 000
Ansatz 2021	00 000	+/-0 000

Begründung: Finanzierung eines Tickets für FÖJ-Teilnehmer analog zum Schülerticket.

Henner Schmidt (FDP) teilt mit, dass sich der Änderungsantrag erledigt habe.

Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten

Nr. 89 a und b

Berichte Nrn. 52, 53, 68 und 69 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

Nr. 90 a bis c

Berichte Nrn. 52, 53, 68 und 69 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	8 000 000	-8 000 000
Ansatz 2021	9 000 000	-9 000 000

Begründung: Wegfall des Titels wegen Entbehrlichkeit der VELO GmbH

Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	8 000 000	-5 000 000
Ansatz 2021	9 000 000	-6 000 000

Begründung: Der Zuschuss an VELO GmbH soll auf Basis der Vorjahresansatz bestätigt werden. Die Erhöhung ggü. dem Ansatz 2019 ist nicht gerechtfertigt.

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	8 000 000	-3 000 000
Ansatz 2021	9 000 000	-3 500 000

Begründung: Die Stellenstruktur ist im Vergleich zu den durchgeführten Projekten relativ aufwendig, ein so deutlicher Ausbau der Stellenstruktur wird als nicht sinnvoll erachtet. Für die reine Steuerungsfunktion muss die GB InfraVelo GmbH nicht so weit ausgebaut werden.

Henner Schmidt (FDP) vertritt die Ansicht, dass die Konstruktion Velo GmbH problematisch und ein teilweise unnötiger Overhead sei. Es gehe nicht darum, beim Radverkehr zu kürzen. Seine Fraktion setze nicht so stark wie die CDU an, weil ein Teil des Budgets für das Planen gebraucht werde. Die Kürzung solle nicht zulasten der Investitionen gehen.

Oliver Friederici (CDU) verweist auf die Ausführungen, die er zum Thema bereits gemacht habe.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ab.

Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauprojekte

Nr. 91

Bericht Nr. 54 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Tino Schopf (SPD) fragt, wann die Grundlagenermittlung für die i2030-Maßnahmen abgeschlossen sein werde.

Hartmut Reupke (SenUVK) nennt einen Zeitraum zwischen 2021 und 2023. Für jede einzelne Maßnahme könne er dies im Moment nicht genau sagen.

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	6 781 000	+/-0 000
Ansatz 2021	11 215 000	+2 350 000

Begründung: Die Planung und der Bau der Stammbahn führt zur Entlastung für Pendler und zu weniger Autoverkehr in Berlin. Sie ist ein vordringliches Projekt, dessen Planung schon 2021 begonnen werden sollte. Die Planungskosten werden analog zur Siemensbahn (2,347 Mio.) angenommen. (Finanzierung aus 730/35903 Entnahme aus der Rücklage nach §62 LHO, siehe dort)

Änderung der Titelerläuterung: Die Auflistung der geplanten Vorhaben wird um folgende Erläuterung ergänzt: „- Stammbahn“

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	6 781 000	+/-0
Ansatz 2021	11 215 000	+/-0

Änderung der Titelerläuterung: In dem Titel enthalten sind Planungsmittel zur Errichtung des S-Bahnhofs Perleberger Brücke (S21) in 2021 und für die Ausstattung von Bahnhöfen mit 2. Aufzug.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Änderungsantrag ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems
Nrn. 92 a und b, 92 A und B (neu)

Bericht Nr. 55 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und der AfD

Tino Schopf (SPD) fragt, was die Leistungsstufe 2 beinhaltet.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) antwortet, eine Verlängerung hänge davon ab, ob das Projekt mit Nextbike erfolgreich verlaufe, worüber man noch keine klare Aussage treffen könne.

Danny Freymark (CDU) vertritt die Ansicht, dass das Projekt gegenwärtig nicht erfolgreich beurteilt werde, weil es in den Außenbezirken nicht stattfinde. Sei damit 2021 zu rechnen? Einer Vertragsverlängerung sehe er derzeit nicht entgegen. Was plane SenUVK?

Tino Schopf (SPD) stellt die Nachfrage, was die Leistungsstufe 2 beinhaltet und welche Konditionen daran geknüpft seien.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) betont, Ziel sei es, mehr Leihfahrräder die Außenbezirke zu bekommen. Es liege nicht nur an Nextbike, dass es in den Außenbezirken noch nicht so rasant laufe.

Hartmut Reupke (SenUVK) ergänzt, zwischen der ersten und der zweiten Leistungsstufe gebe es keinen inhaltlichen Unterschied. Bei einer Verlängerung ändere sich der Leistungsumfang nicht.

Kristian Ronneburg (LINKE) verweist auf den Bericht, dem zufolge das Leistungsbild identisch sei.

Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	1 500 000	-1 500 000
Ansatz 2021	1 500 000	-1 500 000
VE Ansatz 2020	4 500 000	-4 500 000

Begründung: Leihfahrräder sind im Berlin mittlerweile im Überfluss vorhanden, eine Subventionierung des bisher durch das Land geförderten Firma nextbike ist daher zukünftig entbehrlich. Die Firma nextbike kann ihr System im freien Wettbewerb weiterhin in der Stadt betreiben, allerdings ohne öffentliche Subventionen wie die übrigen Anbieter auch.

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 1 500 000 +/-0
Ansatz 2021 1 500 000 +/-0

Haushaltsvermerk: Qualifizierter Sperrvermerk für Verpflichtungsermächtigungen.

Der **Ausschuss** lehnt den AfD-Änderungsantrag ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs

Nr. 93

Bericht Nr. 56 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 600 000 +/-0
Ansatz 2021 600 000 +/-0

Änderung der Titelerläuterung: Anteilige Förderung zur Beschaffung von gewerblich genutzten (elektrisch unterstützten) Lastenrädern sowie von Lastenrädern mit nachweisbarer gemeinschaftlicher Nutzung.

Haushaltsvermerk: Qualifizierter Sperrvermerk bis zur Vorlage der Förderrichtlinie.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Nr. 94 A (neu)

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72005 – Umbau und Kapazitätserweiterung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)

Nr. 95 a und b

Bericht Nr. 57 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr
in Verbindung mit

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur

Nr. 96 a und b

Bericht Nr. 58 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr

Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	9 500 000	-2 400 000
Ansatz 2021	8 500 000	-1 900 000
VE Ansatz 2020	11 000 000	-5 500 000
VE Ansatz 2021	13 000 000	-6 500 000

Begründung: Ansätze sind weit überzogen. Es ist völlig unrealistisch, dass 62 größere Radwegbaumaßnahmen binnen 2 Jahren in die Realisierung gehen könnten. Zudem erscheinen einige Baumaßnahmen überdimensioniert, z. B. Radwegverbreiterung Karl-Marx-Allee, Danziger Straße oder die Kisselnallee. Daher sind die Ansätze entsprechend zu kürzen. Fahrradabstellanlagen an Schulen und Querungshilfen sind bevorzugt zu realisieren und vorhandene Radwege sind zu sanieren. Dafür sind die reduzierten Mittel auskömmlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV

Nr. 97

Bericht Nr. 59 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Tino Schopf (SPD) fragt, ob die Kasseler Borde ab 2021 aus diesem Titel bezahlt würden.

Hartmut Reupke (SenUVK) antwortet, Kasseler Borde seien Teil des barrierefreien Ausbaus von Haltestellen bei Titel 72019. Bei diesem Titel gehe es um die Verbesserung der Umsteigebeziehungen. Natürlich würden bei der Verlegung von Haltestellen die Haltestellen barrierefrei gemacht.

Titel 72019 – Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen
Nr. 98

Bericht Nr. 60 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72020 – Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr
Nr. 99

Bericht Nr. 61 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 81217 – Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalender

Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	1 000	-1 000
Ansatz 2021	190 000	-190 000
VE Ansatz 2020	190 000	-190 000
VE Ansatz 2021	190 000	-190 000

Begründung: Streichung Gesamttitel. Ein solcher Kalender wird nicht benötigt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 81218 – Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfelds für automatisiertes und vernetztes Fahren
Nr. 105 a und b

Bericht Nr. 62 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 81219 – Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	165 000	-165 000
Ansatz 2021	60 000	-60 000
VE Ansatz 2020	60 000	-60 000
VE Ansatz 2021	60 000	-60 000

Begründung: Titel streichen, da diese Informationen bereits teilweise über BVG-App abrufbar sind und es auch andere Apps im Markt gibt, eine Integration aller Daten in die BVG-App erscheint sinnvoller. Mit den genannten Mitteln erscheint die Programmierung einer App auch gar nicht möglich

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

**Titel 81220 – Maßnahmen zur Umsetzung von Verkehrslösungen im
straßengebundenen Verkehr (Masterplan Verkehrstelematik)**
Nr. 107

Bericht Nr. 63 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 1 469 000 +/-0
Ansatz 2021 1 730 000 +/-0

Haushaltsvermerk: Die Mittel sind bis zur Vorlage und Bestätigung des Konzepts und der geplanten Maßnahmen gesperrt.

Oliver Friederici (CDU) fragt, ob damit ein qualifizierter Sperrvermerk gemeint sei.

Daniel Buchholz (SPD) bestätigt dies.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 50 000 +50 000
Ansatz 2021 50 000 +50 000

Begründung: Mehr für Anschaffung einer größeren Anzahl an Dialog-Displays im Rahmen der Schulwegsicherheit.

Frank Scholtysek (AfD) fragt, in welchem Maße die Mittel ausgeschöpft und wie viele Geräte angeschafft worden seien.

Danny Freymark (CDU) erklärt, die Idee sei grundsätzlich zu begrüßen, viele Bezirke seien ihrer Verantwortung für die Dialogdisplays aber nicht richtig nachgekommen, und es gebe Probleme mit den Betreiberfirmen. Welche Strategie habe der Senat? Wie sei der Stand?

Hartmut Reupke (SenUVK) schildert, die Zweiteilung von Beschaffung und Betrieb/Wartung habe nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Man habe eine neue Ausschreibung gemacht, wo das Thema Betrieb/Wartung mit enthalten sein werde, und warte auf das weitere Vorgehen. Deswegen sei aktuell nichts in der Vergabe. Es gebe eine Reihe von Rückmeldungen der Bezirke, die Dialogdisplays einsetzen wollten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für die Straßenregenentwässerung

Nr. 111

Bericht Nr. 64 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs

Nr. 112 a bis d

Bericht Nr. 65 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der AfD und der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	253 856 000	-4 560 000
Ansatz 2021	193 308 000	-6 500 000
VE Ansatz 2020	150 000 000	-60 000
VE Ansatz 2021	150 000 000	-60 000

Begründung: Die Umrüstung der BVG-Busflotte komplett auf E-Busse ist eine teure und ökologisch schädliche Fehlinvestition, die zu stoppen ist, einschließlich der je Bus mit rund 200.000 Euro zu Buche schlagenden Ladeinfrastruktur. Statt Straßenbahnplanung und Bau auf innerstädtischen Strecken sollte die U-Bahn-Netzqualifizierung mit Ergänzung des Streckennetzes ausgebaut werden.

Änderung der Titelerläuterung: Streichung:

3. Straßenbahn:

- Rathausstraße–Spittelmarkt–Kulturforum
- Hauptbahnhof–U-Bhf Turmstraße
- U-Bhf Turmstraße–U-Bhf Mierendorffplatz
- S+U-Bhf Warschauer Straße–U Hermannplatz
- Blankenburger Pflasterweg

4. Sonstige Maßnahmen

- E-Busladeinfrastruktur

Erhöhung:

- Netzqualifizierung U-Bahn
- 2020 d) +11 500 000
- 2021 e) +10 500 000

Frank Scholtysek (AfD) erläutert, die Gelder, die bei der Streichung von Straßenbahnstrecken frei würden, sollten zur Netzqualifizierung bei der U-Bahn genutzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	253 856 000	+2 200 000
Ansatz 2021	193 308 000	+1 450 000
VE Ansatz 2020	150 000 000	
VE Ansatz 2021	150 000 000	

Änderung der Titelerläuterung: Verschiedene Änderungen aufgrund Veränderungen bzw. Wegfall einzelner Positionen mit entsprechender Veränderungen der Erläuterungen:

1. Unter der laufenden Nummer 1 (S-Bahn)

Einfügen einer neuen Position:

S75

(2020: + 100.000 / 2021: + 100.000)

Kosten für Planungen und Gutachten zum Weiterbetrieb der S75 bis Wartenberg

2. Unter der laufenden Nummer 2 (U-Bahn)

Einfügen von neuen Positionen:

U1 – Ostkreuz

(2020: + 500.000 / 2021 + 500.000)

Kosten für Vorplanungen und Gutachten zur Verlängerung der U1 zum Ostkreuz

U2 – Verlängerungen

(2020: + 500.000 / 2021 + 500.000)

Kosten für Vorplanungen und Gutachten zur Verlängerung der U2 nach Pankow und zum Falkenhagener Feld

U3 – Mexikoplatz

(2020: + 500.000 / 2021 + 500.000)

Kosten für Vorplanungen und Gutachten zum Lückenschluss der U3 von Krumme Lanke zum Mexikoplatz

U5 – Turmstraße

(2020: + 100.000 / 2021 + 100.000)

Kosten für die Prüfung/Begutachtung einer Verlängerung der U5 vom Hauptbahnhof zur Turmstraße

U7 – BER

(2020: + 500.000 / 2021 + 500.000)

Kosten für Vorplanungen und Gutachten zur Verlängerung der U7 zum BER

U8 – Märkisches Viertel

(2020: + 500.000 / 2021: + 500.000)

Kosten für Vorplanungen und Gutachten zur Verlängerung der U8

3. Unter der laufenden Nummer 3. (Straßenbahn):

Streichung folgender Ansätze und der entsprechenden Positionen, da keine Straßenbahntrassen notwendig:

Rathausstraße – Spittelmarkt – Kulturforum

(2020: -250.000 / 2021: -500.000)

S+U-Bhf Warschauer Str. – U-Bhf Hermannplatz

(2020: - 250.000 / 2021: -750.000)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	253 856 000	+500 000
Ansatz 2021	193 308 000	+3 000 000
VE Ansatz 2020	150 000 000	
VE Ansatz 2021	150 000 000	

Änderung der Titelerläuterung:

1. S-Bahn

Neu: Bahnhof Perleberger Brücke

Ansatz 2020	+500 000
Ansatz 2021	+3 000 000
Gesamtkosten	+37 000 000

Begründung: Explizite Einstellung des Baus des Bahnhofs Perleberger Brücke der S21 in den Haushalt, Gesamtkosten 37.000.000 (Zahl aus DS 18 / 15 630). Beginn von Planungs- und Baumaßnahmen bereits in 2020/2021

Henner Schmidt (FDP) plädiert dafür, mehr Budget bereitzustellen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	253 856 000	-250 000
Ansatz 2021	193 308 000	-500 000
VE Ansatz 2020	150 000 000	
VE Ansatz 2021	150 000 000	

Änderung der Titelerläuterung:

3. Straßenbahn

Rathausstraße–Spittelmarkt–Kulturforum

Ansatz 2020 (d)	-250 000
Ansatz 2021 (e)	-500 000
Gesamt a)	-34 437 000

Begründung: Streichung der Maßnahme. Diese wird als nicht sinnvoll erachtet.

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der FDP

3. Straßenbahn

S+U-Bhf Warschauer Straße–U Hermannplatz

Haushaltsvermerk: Sperrvermerk: qualifiziert gesperrt bis zum Vorliegen der gewählten Vorzugsvariante

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	253 856 000	+/-0
Ansatz 2021	193 308 000	-500 000
VE Ansatz 2020	150 000 000	

VE Ansatz 2021 150 000 000

Änderung der Titelerläuterung:

U-Bhf Mierendorffplatz–UTR (TXL)

Ansatz 2021 (e) -500 000

Gesamtkosten -45 000 000

Begründung: Streichung der Maßnahme. Diese wird als nicht sinnvoll erachtet.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020 253 856 000 +/-00 000

Ansatz 2021 193 308 000 -500 000

VE Ansatz 2020 150 000 000

VE Ansatz 2021 150 000 000

Änderung der Titelerläuterung:

4. Sonstige Maßnahmen

E-Busladeinfrastruktur

Ansatz 2020 (d) 4 560 000 +/-00 000

Ansatz 2021 (e) 6 500 000 -500 000

Gesamtkosten (a) 308 800 000

Begründung: Die Größenordnung 2021 scheint in diesem Umfang baulich nicht realisierbar zu sein. Bericht Nr. 65 liefert keinerlei Informationen zur Herleitung des Ansatzes.

Haushaltsvermerk: Ansatz E-Busladeinfrastruktur qualifiziert gesperrt bis zur Vorlage eines technischen und baulichen Konzepts und einer Übersicht aller geplanten Standorte.

Henner Schmidt (FDP) betont, ein Sperrvermerk sei wichtig. Der Bericht sei bei einer Perspektive von über 300 Mio. Euro „ausgesprochen dünn“, ohne bauliche und technische Details gewesen. Seine Fraktion glaube nicht, dass die Mittel am Anfang so ausgegeben werden könnten, und beantrage deshalb eine bescheidene Kürzung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 89110 – Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und der Wasserstraßenverwaltung

Nr. 113

Bericht Nr. 66 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität

Nr. 115 a bis c

Bericht Nr. 67 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der AfD

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	+/-00 000
Ansatz 2021	+/-00 000
VE Ansatz 2020	+/-00 000
VE Ansatz 2021	47 500 000
	-47 500 00

Begründung: Komplettstreichung des Titels. Die E-Busse sind zu teuer, die Batterien zu kostenintensiv und nicht langlebig genug, Umweltprobleme werden nur scheinbar gelöst, tatsächlich aber in andere Regionen, Länder oder in die Zukunft verlagert.

Die BVG könnte innerstädtische Emissionsprobleme zügig lösen durch Neuanschaffung von Dieselbussen mit neuester Abgastechnologie, die im Fahrbetrieb weniger Feinstaub als ein E-Bus abgeben(!), oder durch emissionsfreundliche CO2-neutrale Biogasbusse, die zusätzlich einen geschlossenen Stoffkreislauf bieten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen

Nr. 117 a und b

Berichte Nrn. 52, 53, 68 und 69 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	410 000	-410 000
Ansatz 2021	410 000	-410 000

Begründung: Streichung des Titels. Bevor der Bau von neuen Radschnellwegen forciert wird sind die jetzt bereits in der Stadt vorhandenen Radwege in Ordnung zu bringen und das innerstädtische Radwegenetz bedarfsorientiert zu ergänzen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur
in Verbindung mit

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr

Nr. 118 a und b

Berichte Nrn. 52, 53, 68 und 69 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 500 000 -500 000

Ansatz 2021 500 000 -500 000

VE Ansatz 2020 1 000 000

VE Ansatz 2021 21 000 000

Begründung: Wegfall des Titels wegen Entbehrlichkeit der VELO GmbH

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 89211 – Zuschuss für Investitionen zur barrierefreien Querung der Spree am Spreetunnel (Friedrichshagen)

Nr. 119 a und b

Bericht Nr. 70 der Sammelvorlage auf Antrag der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Neue Titel

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 +1 000 000

Ansatz 2021 +1 000 000

Begründung: Gutachten, Vorplanungen, Planungen und Bauvorleistungen zum Ausbau des Park & Ride-Systems, insbesondere im Zusammenhang mit der Bedienung der Pendlerströme. Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierung mit dem Land Brandenburg

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 +250 000

Ansatz 2021 +500 000

Begründung: Neuer Titel für Planungsleistungen zum Bauabschnitt 17 der A100

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 +500 000

Ansatz 2021 +1 000 000

Begründung: Neuer Titel für Gutachten, Planungsleistungen und vorbereitende Bauplanungen für einen zweiten Zentralen Omnibusbahnhof

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 +500 000

Ansatz 2021 +1 000 000

Begründung: Gutachten und Planungsleistungen für die Errichtung eines Mobilitätshubs auf der Fläche zwischen der Bundesautobahn A114, der Bucher Straße, dem Berliner Außenring und der Schönerlinder Straße in Pankow. Das Projekt soll als Pilotprojekt einerseits die Verkehrsproblematik im Nordosten Berlins auflösen und andererseits als Pilotprojekt Erkenntnisse für die Errichtung weiterer Mobilitätshubs in Berlin dienen.

Henner Schmidt (FDP) fragt, was sich die Antragsteller an dieser Stelle am Außenring vorstellten.

Oliver Friederici (CDU) antwortet, seine Fraktion wolle den Auto-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehr an einem zentralen Punkt bündeln.

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt die Nachfrage, wie die CDU die Verkehrsproblematik im Nordosten mit diesem Projekt auflösen wolle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Kapitel 0732 – Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Nr. 120

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht
Nr. 121

Bericht Nr. 71 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -

Übergreifend
Nr. 122

Bericht Nr. 72 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Danny Freymark (CDU) fragt, ob die gegenwärtigen Zahlen geeignet seien, um die Brückenthemen zu bewältigen, oder der Stand von 2002 angestrebte werde.

Lutz Adam (SenUVK) antwortet, der Personalansatz von 80 im Brückenbau sei für die gesamten Brückenbauprobleme nicht ausreichend. Der Personalansatz von 198 im Jahr 2002 müsse auch nicht angestrebten werden, um alle Brückenprobleme zu lösen. Der Abbau auf 73 könne allerdings nur langsam wieder aufgebaut werden, da es Probleme gebe, geeignetes Personal für den Brückenbau zu akquirieren. Erfolgreich sei man bei Berufsanfängern, könne aber nicht 20, 30 Berufsanfänger gleichzeitig einarbeiten, sodass das kontinuierliche Wachsen geeignet sei, um die Brückenbauprobleme mittel- bis langfristig in den Griff zu bekommen.

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund
Nr. 125

Bericht Nr. 73 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 52102 – Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft

Nr. 128 a bis d

Bericht Nr. 74 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Keine Wortmeldungen.

Neuer Titel 72715 – Neubau der Elsenbrücke

Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	+1 000
Ansatz 2021	+1 000

Begründung: Der Neubau der Elsenbrücke soll bereits im kommenden Haushalt mit einem Erinnerungsosten aufgenommen werden.

Frank Scholtysek (AfD) plädiert dafür, einen Erinnerungsosten für den Neubau der Elsenbrücke aufzunehmen, der in der Finanzplanung für 2023 mit einer ersten Rate berücksichtigt werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See

Nr. 130 a und b

Bericht Nr. 75 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Titel 52117 – Ufersanierung

Nr. 131

Bericht Nr. 76 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	200 000	+200 000
Ansatz 2021	200 000	+200 000

Begründung: Bessere Ausstattung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54027 – Entwurfs- und Bauleitungskosten

Nr. 132 a und b

Bericht Nr. 77 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	17 700 000	+400 000
Ansatz 2021	3 200 000	+600 000

Begründung: Zusätzliche Mittel für Umsetzung des Parlamentsbeschlusses vom 6. Juni 2019, Drucksache 18/1776.

Änderung der Titelerläuterung: Neuer Teilansatz: Machbarkeitsstudie und Konzeption zu möglichen Infrastrukturdeckeln gemäß Parlamentsbeschluss vom 6.6.2019 (Drs. 18/1776) (2020: 400.000, 2021: 600.000)

Katalin Gennburg (LINKE) teilt mit, dass die Deckeluntersuchungen hier finanziell unterstützt würden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	17 700 000	+400 000
Ansatz 2021	3 200 000	+200 000

Begründung: Machbarkeitsuntersuchungen für die Überdeckelung von Autobahn-Abschnitten wurden bisher nicht berücksichtigt, obwohl dies das Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Hierfür werden für 2020 und 2021 insgesamt 600.000 EUR angesetzt für die Machbarkeitsstudie zur Überdeckelung der Stadtautobahn in Charlottenburg.

Henner Schmidt (FDP) erklärt, dass sich der Änderungsantrag mit der Beschlussfassung zuvor erledigt habe.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	2 500 000	+/-0
Ansatz 2021	1 900 000	+/-0

Änderung der Titelerläuterung: Die Vorbereitung der Baumaßnahmen zur Erneuerung der Brücken über die Wuhle an der Eisenacher Straße oder des Baus einer separaten Fuß- und Radfahrerbrücke soll spätesten 2021 beginnen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54049 – Leistungen für die öffentliche Beleuchtung

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen

Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen i. V. m.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben (1.h)

Nr. 135

Bericht Nr. 78 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Danny Freymark (CDU) fragt, ob die LED-Umrüstung stattfinde oder mehr Geld notwendig wäre, ob dies angesichts der Lichtverschmutzung überhaupt sinnvoll sei und ob SenUVK für die bedarfsgerechte Parkbeleuchtung künftig mehr Verantwortung übernehmen werde.

Dr. Michael Efler (LINKE) betont, dass die Umrüstung, insbesondere von Gas auf LED, aus Klimaschutzgründen sinnvoll sei. Er wäre froh, wenn es schneller ginge, aber die Firmen seien bereits am Limit, sodass mehr Geld nichts bringe.

Lutz Adam (SenUVK) unterstreicht, dass LED sinnvoll sei. Die gesamte Gasumrüstung erfolge auf LED. Man spare erheblich an Unterhaltungs- und Energiekosten. In Titel 72014 gehe es auch um die Modernisierung der Elektrobeleuchtung. Die energiesparende Umrüstung der Elektrobeleuchtung erfolge ebenfalls auf LED. Punktuell würden bei der Unterhaltung einzelner Lampen noch alte Leuchtmittel verwendet, aber ansonsten habe sich LED vollständig durchgesetzt. Lichtverschmutzung in Wäldern und Parkanlagen sei ein Thema im Lichtkonzept, das detaillierte Hinweise enthalte, wie mit Lichtverschmutzung in Parkanlagen umzugehen sei. Lediglich besondere Wegeverbindungen würden beleuchtet. Es gebe erstmalig Ansätze für Unterhaltung und Investitionen, sodass SenUVK die Beleuchtung in Parkanlagen übernehmen könnte, es werde aber noch über das notwendige Personal verhandelt.

Danny Freymark (CDU) bittet darum, dass dann nicht nur zentrale Parkanlagen im Fokus stünden, denn in jedem Bezirk gebe es Parkanlagen mit besonderer Aufenthaltsqualität.

Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes

Nr. 137

Bericht Nr. 79 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72002 – Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs

Nr. 138

Bericht Nr. 80 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	250 000	+250 000
Ansatz 2021	500 000	+500 000

Begründung: Mittel zur Beschleunigung der Planungen für den Weiterbau der TVO

Frank Scholtysek (AfD) fragt, ob die Verzögerungen beim Weiterbau der TVO an den Planungsleistungen oder Problemen mit der Bahn und Kapazitätsproblemen lägen.

Lutz Adam (SenUVK) legt dar, die Verzögerungen seien ausschließlich durch die DB AG bedingt. Einem Vertrag zufolge habe die DB AG die Bahnbrücken im Zuge der TVO planen und ausführen sollen. Allerdings habe sich die DB AG von dem Vertrag verabschiedet. SenUVK habe nun sämtliche Planungsleistungen neu einsteuern müssen. Hinzu komme, dass Brückenplanungspersonal rar sei.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 72221 – Neubau einer Straßenbrücke über die Spree im Zuge der geplanten Süd-Ost-Verbindung einschließlich Stützwänden (Treptow-Köpenick)

Nr. 143

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72243 – Neubau der Nord- und Südseite der Brücke Am Bahndamm über die Wuhle in Treptow-Köpenick

Nr. 144

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72314 – Ausbau der Südpanke von Chausseestraße bis Habersaathstraße

Nr. 145

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72704 – Neubau der Östlichen Bucher-Straßen-Brücke über Bahnanlagen im Zuge der Bucher Straße in Pankow

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	-	-
Ansatz 2021	100 000	-100 000

Begründung: Verzögerung der Baumaßnahme, da aufgrund veränderter Randbedingungen neue Entwurfsplanungen erforderlich werden.

in Verbindung mit

Titel 72706 – Neubau der Sellheimbrücke über Bahnanlagen im Zuge des Karower Damms/Blankenburger Chaussee in Pankow

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	250 000	-250 000
Ansatz 2021	1 000 000	-750 000

Begründung: Verzögerung der Baumaßnahme, da aufgrund veränderter Randbedingungen neue Entwurfsplanungen erforderlich werden.

Danny Freymark (CDU) fragt, woher die Erkenntnis stamme, dass sich die Planungen bei der Östlichen Bucher-Straßen-Brücke verzögerten, und ob dies zutreffe.

Arne Huhn (SenUVK) antwortet, links und rechts der Östlichen Bucher-Straßen-Brücke befänden sich Rampenbauwerke mit einem weiteren Bauwerk. Bei zunehmender Planungstiefe habe sich gezeigt, dass auch dieses Bauwerk von den Ersatzbaumaßnahmen betroffen sei und planerisch betreut werden müsse.

Frank Scholtysek (AfD) schließt die Frage an, woher die Verzögerung bei der Sellheimbrücke röhre.

Arne Huhn (SenUVK) teilt mit, bei der Sellheimbrücke werde in Abstimmung mit der DB AG Vorsorge für weitere Bahnanlagen der S-Bahn getroffen, sodass die Planung angepasst werden müsse und das Geld noch nicht in dieser Höhe benötigt werde.

Danny Freymark (CDU) spricht an, dass die S75 möglicherweise bis zur Bucher Straße weitergeführt werde. Erfolge die Zurückstellung der beiden Brückenbaumaßnahmen im Kontext zu i2030, oder sei die Zurückstellung nachteilig für potenzielle Bahnbauvorhaben?

Lutz Adam (SenUVK) versichert, im Zuge des Planungsprozesses eines Brückenersatzneubaus würden auch Abstimmungen mit der DB AG durchgeführt. Dabei sei es zur Bestellung einer verbreiterten Brücke gekommen, was zu Planungsverzögerungen führe. Eine Entwurfsplanung oder BPU habe man noch nicht, sodass man noch nicht massiv in den Haushalt gehe.

Danny Freymark (CDU) äußert die Befürchtung, dass sich die Maßnahme um zwei Jahre verzögern werde.

Lutz Adam (SenUVK) verweist darauf, dass für 2021 ein Teilansatz erhalten bleibe.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungsanträgen zu.

Titel 72770 – Neubau des Verkehrsknotens Landsberger Allee/Märkische Allee mit 3 Straßenbrücken und zugehörigen Rampen- und Verbindungsfasrbahnen sowie Instandsetzung des Fußgängertunnels

Nr. 146 a und b

Bericht Nr. 81 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldungen.

Titel 72776 – Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS)

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	2 000 000	-1 250 000
Ansatz 2021	2 000 000	-500 000

Begründung: Die bauliche Realisierung beginnt schwerpunktmaßig im Bereich der GRW-geförderten technischen Ausstattung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu

Neuer Titel (72xxx) – Neubau der Brommybrücke

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	+300 000
Ansatz 2021	+300 000
Gesamtkosten	+4 200 000

Begründung: Im Zuge der Ansiedlung von Gewerbe und Wohnraum im Projekt Mediaspree wird ein zweiter Verkehrsweg über die Spree für dringlich erachtet. Zudem wird die Kapazität der Oberbaumbrücke durch die geplante Straßenbahntrasse reduziert. Der Wiederaufbau der Brommybrücke zumindest als Brücke für den Fußgänger- und Radverkehr ist somit dringend notwendig.

Henner Schmidt (FDP) plädiert dafür, die Brommybrücke in den Haushalt aufzunehmen. Sie sei lange geplant und werde zumindest als Fußgänger- und Radbrücke benötigt, wenn die Straßenbahntrasse auf der Oberbaumbrücke gebaut werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

Titel 52118 – Ausgaben für das Berliner Stadtgrün zur Bewältigung von Klimaereignissen

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 000	+/-0
Ansatz 2021	1 000	+/-0

Änderung der Titelerläuterung: Ersetzung „von Klimaereignissen“ durch „der Folgen des Klimawandels“.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Nr. 152 a und b

Bericht Nr. 82 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 061 000	+500 000
Ansatz 2021	1 055 000	+500 000

Begründung: Es werden in Zukunft mehr Schutzgebiete ausgewiesen, die deutlich besser gepflegt und auf den Klimawandel vorbereitet werden müssen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen

Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	31 600	-8 300
Ansatz 2021	31 600	-8 300

Begründung: Tagungen des Klimaschutzzrats sind mit 1.900 Euro p.a. ausreichend dotiert, 20 Euro Sitzungsgeld je Person und 200 Euro je Sitzung für im Einzelfall anfallende Aufwandsentschädigungen sind ausreichend (siehe z.B. Jagdbeirat). Ehrenamtliche Gremienarbeit sollte auch ehrenamtlich geleistet werden, analog der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.“ Die Geschäftsordnung des Klimaschutzzrats ist entsprechend anzupassen.

Änderung der Titelerläuterung: Die Ausgaben sind in 2020 und 2021 jeweils vorgesehen für:

- Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für den Berliner Klimaschutzrat ... 1.700 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen
Nr. 156 a und b

Bericht Nr. 83 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	450 000	-190 000
Ansatz 2021	485 000	-215 000

Begründung: Bürgerbeteiligung darf nicht zu Werbeverkaufsveranstaltungen des Senats missbraucht werden. Deshalb nur maßvolle Erhöhung mit ausreichend Puffer, orientiert an den Kosten der Vorjahre.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen
Nr. 157 a bis c

Bericht Nr. 84 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 335 000	+360 000
Ansatz 2021	1 335 000	+160 000

Teilansatz 1: „Dienstleistungsaufträge zur Vorbereitung und Begleitung von Unterschutzstellungsverfahren für Teile von Natur und Landschaft (2019: 60.000 €)“

2020: 60.000

2021: 60.000

Teilansatz 24 (NEU) „Kultur auf Grünflächen“

Teilansatz 25 (NEU) Machbarkeitsstudie: „Berlin Paris-konform machen“

Teilansatz 26 NEU: „Erstellung einer Wärmestrategie für Berlin“

Begründung: Zum Teilansatz 1: In der Handlungsempfehlung der „Charta für das Berliner Stadtgrün“ ist die Einrichtung einer Task Force für die Ausweisung der gemäß LaPro geplanten Schutzgebiete geplant. Um die in der Charta formuliere Ziel-

perspektive 2030 zu schaffen, müssen daher ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Zum Teilansatz 24 NEU: Die Mittel sind für Pilotprojekte und die Weiterführung von etablierten Konzepten zu verausgaben. Projekte wie das „Model Spaces Projekt“ sind mit einem verstärkten Fokus auf Umweltfaktoren Müll und Lärm zu unterstützen.

Zum Teilansatz 25 NEU: In dieser Studie soll untersucht werden, welche Maßnahmen nötig sind, um Berlins Handeln mit dem Pariser Abkommen von 2015 und damit dem Ziel, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf 1,5° C (bei 66% Wahrscheinlichkeit) zu begrenzen, in Einklang zu bringen.

Änderung der Titelerläuterung: Teilansatz 1: Erhöhung um 60.000 pro Jahr auf 2020: 120.000 und 2021: 120.000. Die Verausgabung kann auch über die Bezirke erfolgen.

Teilansatz 24 NEU: „Kultur auf Grünflächen“

2020: 100.000

2021: 100.000

Teilansatz 25 NEU „Machbarkeitsstudie: „Berlin Paris-konform machen““

2020: 100.000

Teilansatz 26 NEU: „Erstellung einer Wärmestrategie für Berlin“ als vorbereitende Leistung für ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz

2020: 100.000

Georg Kössler (GRÜNE) plädiert dafür, Grünflächen, die genutzt würden, nachhaltig zu nutzen. Er nennt das „Model Spaces Projekt“. Dafür solle es ein neues Programm geben. Im Hinblick auf „Fridays for Future“ sei klar, dass Berlin gucken müsse, wie es Paris-konform werde. Es solle einen Ansatz für eine Studie geben, zudem Mittel für ein Gutachten zum Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Frank Scholtysek (AfD) fragt, was „Machbarkeitsstudie: Berlin Paris-konform machen“ bedeute.

Georg Kössler (GRÜNE) verweist auf die Klimaziele nach dem Pariser Abkommen 2015, denen zufolge die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad begrenzt werden solle. Gesetze, die älter seien, müssten gegebenenfalls angepasst werden. Der Senat solle Mittel für eine entsprechende Studie erhalten.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bezieht sich auf Teilansatz 1. 60 000 Euro seien angesichts der Dringlichkeit der Schutzgebietsausweisungen zu wenig. Die Charta für das Berliner Stadtgrün sehe eine Task-Force vor. Um die Zielperspektive 2030 zu schaffen, seien ausreichende Mittel erforderlich.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	1 335 000	+30 000
Ansatz 2021	1 335 000	+30 000

VE Ansatz 2020 1 000 000

VE Ansatz 2021 1 000 000

Änderung der Titelerläuterung:

Darin Punkt 8: Umsetzung der EU-Verordnung zu invasiven Arten

Ansatz 2020 130 000 +30 000

Ansatz 2021 130 000 +30 000

Begründung: Punkt 8: Aufgrund der Zunahme von invasiven Arten sollte der Ansatz aufgestockt werden, trotz der weiteren Ausgaben in 750/67101 (Ersatz von Ausgaben). Der Bericht Nr. 84 des Senats erwähnt vorwiegend den Roten Amerikanischen Sumpfkrebs, andere invasive Arten stellen derzeit aber auch ein Problem dar.

Henner Schmidt (FDP) plädiert für eine Aufstockung des Teilansatzes 8 angesichts der Probleme mit invasiven Arten. Aus Sicht seiner Fraktion reiche das Budget nicht aus.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt

Nr. 158 a und b

Bericht Nr. 85 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020 225 000 +225 000

Ansatz 2021 225 000 +225 000

VE Ansatz 2020 220 000

VE Ansatz 2021 220 000

Begründung: Verdoppelung der Ansätze aufgrund der hohen gesellschaftlichen Relevanz der Thematik.

Danny Freymark (CDU) erklärt, seine Fraktion wolle den Haushaltsansatz verdoppeln, was ein Vertrauensvorschuss für die Verwaltung sei, denn der Bericht habe ihn nicht völlig überzeugt. An 20 Schulen werde Klimaschutz als Bildungsinhalt vermittelt. Wie verteilen sich diese auf die Berliner Bezirke? Wie viele Kitas machten mit, und wie seien diese verteilt? Was könne mit einer Verdoppelung des Ansatzes geleistet werden?

Daniel Buchholz (SPD) unterstreicht die Bedeutung der Klimabildung. Allerdings wäre eine Verdoppelung wohl etwas viel, da die Dinge teilweise noch anlaufen müssten. Er signalisiere Zustimmung, sofern die CDU ihren Antrag auf plus 100 000 Euro reduziere.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) schildert, man sei nicht in allen Bezirken aktiv, sondern übergreifend in der ganzen Stadt an Schulen, die Interesse äußerten. Nach dem Start des Programms bestehe der Eindruck, dass die Resonanz in den Schulen gut sei. Dass das Thema die Schülerinnen und Schüler umtreibe, sehe man in diesen Tagen ohnehin.

Beate Züchner (SenUVK) ergänzt, das Projekt werde von Kitas und Schulen gut nachgefragt. Die Verbreitung erfolge berlinweit über alle Bezirke. Die Nachfrage könne nicht vollständig bedient werden.

Danny Freymark (CDU) übernimmt die Anregung, den Änderungsantrag auf jeweils plus 100 000 Euro zu ändern. Wo sei die Abgrenzung und wo eine Zusammenarbeit mit „Grün macht Schule“ und „Grün macht Kindergarten“? Da Parallelstrukturen in zwei Verwaltungen nicht sinnvoll seien, frage er, ob die Absicht bestehe, dies künftig anders aufzustellen.

Beate Züchner (SenUVK) versichert, dass die Abstimmung mit SenBildJugFam eng sei. Vor Kurzem habe man eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, die darauf abziele, die Projekte stärker miteinander zu verzähnen. Je nach Ausrichtung seien SenUVK oder SenBildJugFam federführend, etliche Projekte würden zusammen bearbeitet, z. B. „SchülerUni“.

Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	225 000	-133 000
Ansatz 2021	225 000	-133 000

Begründung: „Klimaschutz“ als Bildungsinhalt in Kindergärten ist völliger Unfug, die Missbrauchsgefahr für linksgrüne Indoktrinierung der Kleinsten ist dort dagegen hoch. In Kindergärten muss vor allem für den Schutz der für das Kind erlebbaren und erfahrbaren (nahen) Umwelt sensibilisiert werden. Hochkomplexe Systeme wie das Klima sollten vielmehr kritisch hinterfragbarer Lehrstoff an den Schulen sein, ohne ideologische Indoktrination, dafür mit fachlicher Wissensvermittlung. Deshalb Kürzung des Ansatzes und Zurückführung auf die schulische Bildung.

Der **Ausschuss** lehnt den AfD-Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab und stimmt dem CDU-Änderungsantrag unter Berücksichtigung der oben genannten Änderung zu.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

Nr. 160 a bis d

Bericht Nr. 86 der Sammelvorlage auf Antrag aller Fraktionen

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass die Investitionen für Trinkwasserbrunnen eingeplant würden und die BWB die laufenden Kosten trügen. Sei sichergestellt, dass die laufenden Kosten kein Thema für die Zukunft würden?

Klaus Wichert (SenUVK) äußert, es sei ein Problem, dass die laufenden Kosten bisher nicht in der Finanzierung berücksichtigt seien. Es sei im Rahmen des Zuwendungsrechts zu klären, wie dies möglich sei. Momentan habe man nur Zuschüsse zu der Investition.

Danny Freymark (CDU) wirft ein, bei 100 Trinkbrunnen gehe es um 370 000 Euro, bei 200 um 740 000 Euro. Er erwarte, dass dafür in den nächsten Wochen eine konkrete Lösung gefunden und mitgeteilt werde.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt anheim, das Thema im Hauptausschuss aufzugreifen und dort zu berichten.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	9 069 000	+1 500 000
Ansatz 2021	9 069 000	+1 500 000
VE Ansatz 2020	5 000 000	
VE Ansatz 2021	5 000 000	

Begründung: Erhöhung zur des Ansatzes zur Beförderung der Aktionsprogramme

Änderung der Titelerläuterung:

1. Aktionsprogramm Schöne Stadt zur Erhöhung des Bestandes an Stadtbäumen
(2020: + 1.000.000 / 2021: + 1.000.000)
5. Weiterführung des Aktionsprogrammes Trinkwasserbrunnen
(2020: +500.000 / 2021: + 500.000)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 28 Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	9 069 000	+650 000
Ansatz 2021	9 069 000	+650 000
Teilansatz 1: Aktionsprogramm Schöne Stadt		
2020: 3.929.000		
2021: 3.929.000		
Teilansatz 3: Aktionsprogramm Produktive Landschaft		
2020: 400.000		
2021: 400.000		

Begründung: Teilansatz 1: Mehr Mittel für die Stadtbaumkampagne

Teilansatz 3: Neu-Strukturierung von KGA-Anlagen und den gesteigerten Bedarf an Flächen für das gemeinschaftliche Gärtnern. Dabei sollte ebenfalls die Förderung der Transformation der Kleingärten u.a. zur Öffnung für gemeinschaftliches Gärtnern und weitere Bereiche wie BioDiv., Umwelt- und Naturbildung, essbare Stadt etc. angepasst werden.

Änderung der Titelerläuterung: Teilansatz 1: Erhöhung des Ansatzes um 500.000 € p.a.

Die Kofinanzierung des Projekts „Waldgärten, Berlin wird zur essbaren Stadt“ soll aus diesem Titel finanziert werden.

Teilansatz 3: Erhöhung um 150 000 € p. a.

Georg Kössler (GRÜNE) teilt mit, gemäß Tischvorlage solle hier kein zusätzliches Aktionsprogramm, sondern die Idee einer besseren Förderung der Fassadenbegrünung in Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – bei dem Aktionsprogramm „1000 grüne Dächer“ berücksichtigt werden.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) plädiert dafür, die Kleingärtner/-innen bei der Transformation und Öffnung der Kleingartenanlagen zu unterstützen. Er begrüße die Förderung des Projekts „Waldgärten, Berlin wird zur essbaren Stadt“ zu einem Dritt. Zwei Dritteln kämen vom BfN. Dies sei gut für das Stadtgrün.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	9 069 000	-300 000
Ansatz 2021	9 069 000	-300 000

Begründung: Streichung des größten Teils Programms „produktive Landschaft“, das insbesondere in Bezug zum Thema Urban Gardening wenig effektiv erscheint. Die bestäuberfreundliche Stadt wird auch über 0750 / 67101 gefördert.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	3 000 000	+4 500 000
Ansatz 2021	3 000 000	+4 500 000

Begründung: Aufstockung der Pflegemaßnahmen zur Verbesserung des Baumbestandes. Der Baumbestand konnte in den letzten Jahren nicht ausreichend gepflegt werden. Hinzu kommen vermehrt klimabedingte Schädigungen des Baumbestandes. Auf Dauer müssen die Zuweisungen zur Baumpflege an die Bezirke deutlich erhöht werden, kurzfristig sollte zumindest der Titel 54108 deutlich besser ausgestattet werden.

Hinner Schmidt (FDP) plädiert dafür, die Mittel für die Pflege des Baumbestandes deutlich aufzustocken.

Danny Freymark (CDU) unterstützt den Änderungsantrag. Man wolle mehr und nicht weniger Bäume. Er hoffe, dass der Hauptausschuss einen deutlichen Zuwachs zulassen werde. Notwendig wären 5 oder 10 Mio. Euro.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) knüpft an, dass die Stadtbäume besser gepflegt werden müssten. Pro Straßenbaum seien mindestens 80 Euro notwendig, insgesamt 14 Mio. Euro. Er gehe davon aus, dass die Koalitionsfraktionen im Laufe der Haushaltseratungen entsprechend beschließen würden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	3 000 000	+250 000
Ansatz 2021	3 000 000	+500 000

Begründung: Der Baumbestand in der Stadt wirkt dem Dichtestress einer wachsenden Stadt entgegen, schafft eine Verbesserung des städtischen Mikroklimas, wirkt ganz praktisch als Klimaschutzmaßnahme direkt vor Ort. Viele Baumstandorte harren noch ihrer Bepflanzung, insofern ist eine maßvolle Erhöhung des Ansatzes, der auch in zusätzliche Anpflanzungen und Pflege von Bäumen investiert werden kann, von Vorteil.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Nr. 162 a bis c

Bericht Nr. 87 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	6 114 000	+30 000
Ansatz 2021	6 666 000	+30 000

Änderung der Titelerläuterung:

Nr. 2 Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang

a) mit der Beratung und Koordinierung zum Umgang mit hilflosen Wildtieren in Berlin sowie für den Wildtierschutz (NABU Berlin e.V., Avian e.V.)

2020	108 900	+30 000
2021	108 900	+30 000

Begründung: Mehr aufgrund der hohen Nachfrage zur Aufnahme von Tieren und zur Umweltbildung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen

Nr. 163 a bis j

Bericht Nr. 88 der Sammelvorlage auf Antrag aller Fraktionen

Keine Wortmeldungen.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.34 bis 14.47 Uhr]

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	26 026 000	-500 000
Ansatz 2021	28 026 000	-400 000

Unterpunkt „Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes“

Ansatz 2020	3 100 000
Ansatz 2021	3 000 000

Begründung: Die Bewirtschaftung des Tempelhofer Feldes sollte kostengünstiger erfolgen können

Änderung der Titelerläuterung: In der Erläuterung werden die Zahlen im Unterpunkt „Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes“ verändert zu:

Ansatz 2020	2 600 000
Ansatz 2021	2 600 000

Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	26 026 000	+/-00 000
Ansatz 2021	28 026 000	-250 000

Änderung der Titelerläuterung: 2021 Streichung des Projektes „Nachnutzung Freiflächen Tegel“ 250.000 € weniger

Begründung: da TXL weiter benötigt wird und in Betrieb bleiben muss.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne Aussprache ab.

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	4 880 000	+500 000
Ansatz 2021	4 880 000	+500 000

Begründung: Das Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen soll mit passenden Bildungsangeboten für Schüler*innen verbunden werden.

a) Mehr für Trinkwasserbrunnen und -spender (je 500.000 in 2020 und 2021).

Änderung der Titelerläuterung: Umbenennung des Teilansatzes 3 in „Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender“ und Erhöhung des Teilansatzes um 500.000 € p.a.

Textliche Änderung: Das Aktionsprogramm „1.000 Grüne Dächer“ soll auch die Kombination von Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung einschließlich Fassadenbegrünung abdecken.

Georg Kössler (GRÜNE) schildert, in den meisten Fällen werde es sich um eine Kombination von Maßnahmen – Dach- und Fassadenbegrünung – handeln. Dieser Realität trage die Koalition Rechnung. Trinkwasserspender seien preiswerter als Brunnen. Von 1 Mio. Euro in zwei Jahren könnten alle Schulen Wasserspender erhalten. Das sei das Ziel. Verbunden werden solle dies mit entsprechenden Bildungsangeboten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen

Nr. 164

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz

Nr. 165 a bis c

Bericht Nr. 89 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktionen der CDU und der FDP

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	3 920 000	+2 640 000
Ansatz 2021	3 926 000	+2 640 000

Begründung: Stärkung der SNB (2020: + 230.000 / 2021: + 230.000)

Weiterführung des in 2019 gestarteten Projektes Naturerleben mobil (aufsuchende Umweltbildung für die Schulen), mit einem Aufwuchs, um noch mehr Schulklassen zu erreichen (2020: +600.000 / 2021: + 600.000)

Einrichtung einer Koordinierungsstelle Ehrenamt
(2020: + 180.000 / 2021: + 180.000)

Erweiterung der Koordinierungsstellen Flora+Fauna zur Koordinierungsstelle Biodiversität (2020: + 200.000 / 2021 + 200.000)

Weiterführung der Koordinierungsstelle Umweltbildung.
(2020: + 130.000 / 2021: + 130.000)

Weiterführung des Förderfonds Abfallberatung (2020: + 300.000 / 2021: + 300.000)

Anhebung des allgemeinen Förderetats (2020: + 1.000.000 / 2021: + 1.000.000)

Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	3 920 000	+1 335 000
Ansatz 2021	3 926 000	+1 335 000

Begründung: Mehr aufgrund Erweiterung des Aufgabenspektrums der Stiftung Naturschutz

Änderung der Titelerläuterung: Erhöhung der Finanzierung der Kernstiftung um 230.000 €.

Fortführung des erfolgreich gestarteten Projektes Naturerleben mobil (aufsuchende Umweltbildung für die Schulen), um noch mehr Schulklassen zu erreichen (+605.000,00 € in 2020 und 2021).

Weiterführung der Koordinierungsstelle für Umweltbildung (+80.000,00 € in 2020 und 2021)

Mehr für Koordinierungsaufgaben im Bereich „Flora und Fauna“ (Ausbau der Koordinierungsstelle „Flora und Fauna“ zur Koordinierungsstelle „Biologische Vielfalt“) und Ehrenamt (+120.000 in 2020 und 2021)

Mehr für Anti-Müll-Initiativen vor Ort. Mit diesen Mitteln sollen auch Tausch- und Sperrmüllfeste finanziert werden können. (+300.000 in 2020 und 2021)

Danny Freymark (CDU) plädiert dafür, den Fördererat der Stiftung Naturschutz aufzustocken, damit Projekte dort direkt Förderanträge stellen könnten. Es sei richtig, die Stiftung Naturschutz als Umwelt- und Klimaschutzpartner in der Stadt zu verstehen und den Langen Tag der Stadtnatur vermehrt auf den Weg zu bringen.

Andreas Kugler (SPD) empfiehlt Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen, der in enger Abstimmung das Notwendige und Machbare realisiere.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) stellt fest, dass ein guter Kompromiss gefunden worden sei. Die Stiftung übernehme immer mehr Aufgaben. Dafür biete die Koalition eine Lösung an.

Der **Ausschuss** lehnt den CDU-Änderungsantrag ab und stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Nr. 166 a bis c

Bericht Nr. 90 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 19 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	2 819 000	-840 000
Ansatz 2021	2 874 000	-840 000

Begründung: 9. Finanzierung weiterer Umweltbildungseinrichtungen – Kürzung dieser Blankoermächtigung – 30.000 Euro je Bezirk für solche Projekte sind ausreichend.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	2 819 000	+475 000
Ansatz 2021	2 874 000	+488 000

Begründung: Mehr in Teilansatz 5 und 6 zur Anpassung der Tariflücke der östlichen Umweltbildungseinrichtungen. Mehr der institutionellen Förderungen aufgrund erhöhter Maßnahmen.

Änderung der Titelerläuterung: Ergänzung vor der Liste der institutionellen Förderung: „Zuschüsse im Rahmen der Berliner Mitgliedschaft im Klimabündnis (50.000 € p.a.).
2020: 50.000 | 2021: 50.000
Teilansatz 2: Erhöhung des Ansatzes um
2020: +30.000 | 2021: +40.000
Teilansatz 5:
2020: +40.000 | 2021: +43.000
Teilansatz 6:
+30.000 in 2020 und 2021
Teilansatz 11 NEU: Naturschutzstation Marienfelde
+185.000 in 2020 und 2021
Teilansatz 12 NEU: Naturwerkstatt in Wedding
+40.000 in 2020 und 2021
Teilansatz 13 NEU: Naturschutzstation Hahneberg
+50.000 in 2020 und 2021
Teilansatz 14 NEU: „Pilotprojekt Begrünung und Solareindeckung von Bushaltestellen“
+50.000 in 2020 und 2021

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen

Änderungsantrag Nr. 20 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	5 043 000	-250 000
Ansatz 2021	6 063 000	-400 000
VE Ansatz 2020	8 096 000	
	11 651 000	

Änderung der Titelerläuterung: 4. b) Gendergerechte und barrierefreie Qualifizierung: Entwicklungskonzept Britzer Garten - Kürzung dieser Projektmittel um 250.000 Euro für 2020 und 400.000 Euro für 2021.

Begründung: Das Projekt ist um die „gendergerechte Qualifizierung“ zu kürzen. Wenigstens bei der Erholung im Britzer Garten sollten Besucher von Genderideologie verschont bleiben, denn sie wollen sich dort erholen, nicht indoktriniert werden. Öffentliche Grünflächen und Gärten sind für alle da, unabhängig von Geschlecht oder persönlichen sexuellen Neigungen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag (neu) der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:

Teilansatz 2b) Die Worte „behutsam und sukzessive“ werden gestrichen. („Die Bedarfe für ein Indoor-Angebot für bisher nichterreichte Zielgruppen, u. a. Familien und Jugendliche, werden umgesetzt.“)

Die Mittel für den Teilansatz 3 (Kienbergpark) sind bis zur Vorlage des Konzepts gesperrt.

Die Mittel für den Teilansatz 5 „Entwicklung des Spreeparks“ sind bis zur Vorlage des Entwicklungskonzepts gesperrt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens
Nr. 169

Bericht Nr. 91 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 850 000 +350 000
Ansatz 2021 1 010 000 +350 000

Begründung: Mehr für Ersatzparzellen und Neuanlagen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020 6 100 000 -470 000
Ansatz 2021 6 830 000 -950 000
VE Ansatz 2020 11 435 000
VE Ansatz 2021 20 050 000

Änderung der Titelerläuterung:

2. Neubau von Freiflächen am Kulturforum
Ansatz 2020 170 000 -170 000
Ansatz 2021 150 000 -150 000
Restkosten ab 2022 1 539 000
VE Ansatz 2021 -1 539 000

13. Nachhaltiges Mobilitätskonzept Spreepark
Ansatz 2020 500 000 -300 000
Ansatz 2021 1 000 000 -800 000
Restkosten ab 2022 3 378 000
VE Ansatz 2021 -3 378 000

Begründung: (Punkt 2) Angesichts der Unklarheiten der Finanzierung des Museums der Moderne ist eine Gestaltung der Freiflächen vorab nicht möglich. Es besteht die Gefahr, dass schon wieder einmal Geld für sinnlose Freiflächengestaltungen am Kulturforum ausgegeben wird, die mittelfristig keinen Bestand haben werden
(Punkt 13) ein so aufwendiges Mobilitätskonzept erscheint nicht notwendig zu sein

Henner Schmidt (FDP) äußert, nach seinen Informationen stehe das Museum der Moderne finanziell auf der Kippe. Die Gestaltung der Freiflächen sollte zurückgestellt werden, bis Klarheit bestehe.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

MG 01 – BEK 2030

Nr. 170 a bis d

Bericht Nr. 92 der Sammelvorlage auf Antrag aller Fraktionen

Henner Schmidt (FDP) erklärt, seine Fraktion sehe Einsparungsbedarf, weil manche Maßnahmen weder konkret unterstellt noch vernünftig seien. Allerdings wolle sie nicht pauschal, sondern nach Bewertung der einzelnen Maßnahmen kürzen. Insgesamt komme sie auf eine Streichung von fast 50 Prozent des BEK, die anderen 50 Prozent seien okay. Den Ansatz der CDU, wie viele Mittel noch nicht ausgegeben worden seien, finde er schwierig, weil sich der Stau nach Fertigstellung der Förderrichtlinien auflösen könne.

Dr. Michael Efler (LINKE) vertritt die Ansicht, dass hinter den Änderungsanträgen der AfD die Leugnung des menschengemachten Klimawandels stehe. Bemerkenswert sei, in welchem Maße auch CDU und FDP den Rotstift ansetzten, die FDP bei 50 Prozent. Schlecht sei der niedrige Ausschöpfungsgrad. Er sei sicher, dass sich dies ändern werde, weil viele Förderprogramme jetzt anliefen. Er warne davor, vor allem auf Klimawandelfolgenanpassung zu setzen, denn man müsse die Ursachen bekämpfen, wo die Opposition komplett versage.

Titel 54121 – Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 21 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	3 974 000	-3 729 000
Ansatz 2021	3 974 000	-3 729 000
VE Ansatz 2020	6 500 000	-6 500 000
VE Ansatz 2021	6 500 000	-6 500 000

Änderung der Titelerläuterung: Komplette Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf die Maßnahmen 7. zur Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln zu verhindern, muss der Ansatz entsprechend gekürzt werden.

Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	3 974 000	-2 939 000
Ansatz 2021	3 974 000	-2 799 000
VE Ansatz 2020	6 500 000	-4 550 000
VE Ansatz 2021	6 500 000	-4 550 000

Begründung: In diesem Titel ist u.a. ein großer Anteil Kampagnen enthalten. Die Klimaanpassungsmaßnahmen erscheinen sinnvoll:

Änderung der Titelerläuterung:

	2020	2021
1. Sonstiges	-200.000	-200.000
2. HF Energie	-785.000	-665.000
3. HF Gebäude	-510.000	-570.000
4. HF Wirtschaft	-314.000	-314.000
5. HF Verkehr	-100.000	-150.000
6. HF PHK	-1.030.000	-900.000
7. Klimaanpassung	+/- 0	+/- 0

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	3 974 000	-1 000 000
Ansatz 2021	3 974 000	-1 000 000

Begründung: Reduzierung der Ansätze, da die Maßnahmen aus dem BEK erst in einer frühen Umsetzungsphase sind und die Mittelansätze bisher unterproportional ausgeschöpft wurden.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Titel 68120 – Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	200 000	-200 000
Ansatz 2021	200 000	-200 000
VE Ansatz 2020	600 000	-600 000

Begründung: Die in diesem Titel aufgeführten Energieberatungsleistungen erscheinen nicht notwendig.

Änderungsantrag Nr. 22 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	200 000	-200 000
Ansatz 2021	200 000	-200 000
VE Ansatz 2020	600 000	-600 000

Begründung: Komplette Streichung der VE und der Ansätze.

Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an Einzelpersonen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab. Der AfD-Änderungsantrag entfällt damit.

Titel 68236 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	460 000	-460 000
Ansatz 2021	460 000	-460 000
VE Ansatz 2020	1 060 000	-1 060 000
VE Ansatz 2021	1 060 000	-1 060 000

Begründung: Die in diesem Titel aufgeführten Konzepterstellungen öffentlicher Unternehmen erscheinen nicht notwendig.

Änderungsantrag Nr. 23 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	460 000	-400 000
Ansatz 2021	460 000	-400 000
VE Ansatz 2020	1 060 000	-1 000 000
VE Ansatz 2021	1 060 000	-1 000 000

Änderung der Titelerläuterung: Kürzung der VE und der Ansätze auf den Teil Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von öffentlichen Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Titel 68301 – Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 24 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	280 000	-200 000
Ansatz 2021	280 000	-200 000
VE Ansatz 2020	500 000	-420 000
VE Ansatz 2021	500 000	-420 000

Änderung der Titelerläuterung: Kürzung der VE und der Ansätze auf den Teil Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an private Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von privaten Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab.

Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 25 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	240 000	-240 000
Ansatz 2021	240 000	-240 000
VE Ansatz 2020	800 000	-800 000
VE Ansatz 2021	400 000	-400 000

Begründung: Streichung der VE und der Ansätze.

Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von gemeinnützigen Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab.

Titel 68527 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	150 000	-150 000
Ansatz 2021	150 000	-150 000
VE Ansatz 2020	200 000	-200 000
VE Ansatz 2021	200 000	-200 000

Begründung: Aus diesem Titel sollen die Bezirke Studien zum Parkraummanagement finanzieren. Dies erscheint nicht notwendig.

Änderungsantrag Nr. 26 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	150 000	-150 000
Ansatz 2021	150 000	-150 000
VE Ansatz 2020	200 000	-200 000
VE Ansatz 2021	200 000	-200 000

Begründung: Streichung der VE und der Ansätze

Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von öffentlichen Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Änderungsantrag ohne weitere Aussprache ab. Der AfD-Änderungsantrag entfällt damit.

Titel 89136 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 27 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	1 650 000	-1 350 000
Ansatz 2021	1 650 000	-1 350 000
VE Ansatz 2020	2 500 000	-2 500 000
VE Ansatz 2021	2 500 000	-2 500 000

Änderung der Titelerläuterung: Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von öffentlichen Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	1 650 000	-500 000
Ansatz 2021	1 650 000	-500 000
VE Ansatz 2020	2 500 000	
VE Ansatz 2021	2 500 000	

Begründung: Reduzierung der Ansätze, da die Maßnahmen aus dem BEK erst in einer frühen Umsetzungsphase sind und die Mittelansätze bisher unterproportional ausgeschöpft wurden.

Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	1 650 000	-1 100 000
Ansatz 2021	1 650 000	-1 100 000
VE Ansatz 2020	2 500 000	-1 670 000
VE Ansatz 2021	2 500 000	-1 670 000

Begründung: Viele Maßnahmen in diesem Titel erscheinen nicht notwendig. Die Klimaanpassungsmaßnahmen erscheinen sinnvoll:

Änderung der Titelerläuterung:

	2020	2021
1. HF Energie	-700.000	-700.000
2. HF Verkehr	-150.000	-150.000
3. HF Gebäude	-250.000	-250.000
4. Klimaanpassung	+/- 0	+/- 0

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Titel 89236 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 28 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	4 650 000	-4 650 000
Ansatz 2021	4 750 000	-4 750 000
VE Ansatz 2020	10 000 000	-10 000 000
VE Ansatz 2021	10 000 000	-10 000 000

Begründung: Streichung der VE und der Ansätze.

Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an private Unternehmen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von privaten Unternehmen zu verhindern, muss der Ansatz gestrichen werden.

Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	4 650 000	-1 800 000
Ansatz 2021	4 750 000	-1 800 000
VE Ansatz 2020	10 000 000	-4 000 000
VE Ansatz 2021	10 000 000	-4 000 000

Begründung: Viele Maßnahmen in diesem Titel erscheinen nicht notwendig.

Änderung der Titelerläuterung:

	2020	2021
1. HF Energie	-500.000	-500.000
2. HF Wirtschaft	-300.000	-300.000
3. HF Gebäude	-1.000.000	-1.000.000
4. HF Verkehr	+/- 0	+/- 0

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Titel 89336 – Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 29 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	6 000 000	-5 800 000
Ansatz 2021	6 200 000	-6 000 000
VE Ansatz 2020	13 000 000	-13 000 000
VE Ansatz 2021	13 000 000	-13 000 000

Änderung der Titelerläuterung: Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an natürliche Personen umgesetzt werden. Um Ver-

geudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung von natürlichen Personen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	6 000 000	-1 900 000
Ansatz 2021	6 200 000	-2 000 000
VE Ansatz 2020	13 000 000	-4 300 000
VE Ansatz 2021	13 000 000	-4 300 000

Begründung: Viele Maßnahmen in diesem Titel erscheinen nicht notwendig. Die Klimaanpassungsmaßnahmen erscheinen sinnvoll

Änderung der Titelerläuterung:

	2020	2021
1. HF Energie	0	0
2. HF Gebäude	-1.900.000	-2.000.000
3. Klimaanpassung	+/- 0	+/- 0

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	6 000 000	-1 450 000
Ansatz 2021	6 200 000	-1 450 000
VE Ansatz 2020	13 000 000	
VE Ansatz 2021	13 000 000	

Begründung: Reduzierung der Ansätze, da die Maßnahmen aus dem BEK sich erst in der Anlaufphase befinden und daher mit entsprechenden Minderausgaben zu rechnen ist.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Titel 89436 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Änderungsantrag Nr. 30 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	3 850 000	-2 850 000
Ansatz 2021	3 550 000	-2 550 000
VE Ansatz 2020	5 900 000	-5 900 000
VE Ansatz 2021	5 900 000	-5 900 000

Änderung der Titelerläuterung: Streichung der VE und Kürzung der Ansätze auf Maßnahmen der Klimaanpassung.

Begründung: Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 soll hier mit pauschalen Ansätzen ohne erkennbares Konzept und vor allem ohne erkennbare Erfolgskontrolle durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen umgesetzt werden. Um Vergeudung von Steuermitteln durch Quersubventionierung öffentlicher Einrichtungen zu verhindern, muss der Ansatz gekürzt werden.

Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	3 850 000	-2 450 000
Ansatz 2021	3 550 000	-2 150 000
VE Ansatz 2020	5 900 000	-4 300 000
VE Ansatz 2021	5 900 000	-4 300 000

Begründung: Einige Maßnahmen in diesem Titel erscheinen nicht notwendig. Die Klimaanpassungsmaßnahmen erscheinen sinnvoll

Änderung der Titelerläuterung:

	2020	2021
1. HF Energie	-900.000	-600.000
2. HF Gebäude	-800.000	-800.000
3. HF Wirtschaft	-350.000	-350.000
4. HF Verkehr	-200.000	-200.000
5. Klimaanpassung	-200.000	-200.000

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	3 850 000	-1 000 000
Ansatz 2021	3 550 000	-1 000 000
VE Ansatz 2020	5 900 000	
VE Ansatz 2021	5 900 000	

Begründung: Reduzierung der Ansätze, da die Maßnahmen aus dem BEK sich erst in der Anlaufphase befinden und daher mit entsprechenden Minderausgaben zu rechnen ist.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge ohne weitere Aussprache ab.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Titel 11978 – Abführung von Überschüssen

Nr. 172

Bericht Nr. 93 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten

Nr. 175 a und b

Bericht Nr. 94 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der FDP

Punkt 9 – Stadtjagd

Ansatz 2020	63 000	+31 500
Ansatz 2021	63 000	+31 500

Begründung: Angesichts der Wildschweinproblematik sollte die Stadtjagd besser ausgestattet werden, sowohl bei der Anzahl Stadtjäger als auch bei deren Honoriierung

Änderung der Titelerläuterung: Zu Punkt 9:

2020: 94.500

2021: 94.500

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 54109 – Mischwaldprogramm

Nr. 177 a und b

Bericht Nr. 95 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der CDU

Danny Freymark (CDU) nimmt Bezug auf eine E-Mail von Wolfgang Korn, Fachgruppenvorsitzender der IG BAU, der zufolge zu wenig Fachpersonal vorhanden sei und mehr Mittel notwendig wären, um das Mischwaldprogramm den Klimafolgen entsprechend fortsetzen bzw. ausbauen zu können. Seien der Verwaltung das Schreiben und die Situation bekannt? Wie bewerte Sie den Sachverhalt?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) verweist darauf, dass nach der Wende massiv Personal eingespart worden sei. Die Folgen zeigten sich nun. Die Koalition tue einiges, um dies aufzufangen. Die Personaleinsparungen könnten aber nicht von heute auf morgen aufgefangen werden.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) erklärt, dass ihm das Schreiben nicht bekannt sei. Die Verwaltung habe immer noch mit den Folgen der Sparpolitik zu kämpfen; dies gelte auch bei den Berliner Forsten. Bei der Haushaltsanmeldung habe man einen Personalaufwuchs vorgesehen und die Trendwende eingeleitet. Auch beim Mischwaldprogramm habe man „eine Schippe draufgelegt“. Er gehe davon aus, dass die vorhandenen Mittel verausgabt werden könnten. Die Entscheidung, die Kiefernwälder umzubauen, sei angesichts der Trockenheit und Waldbrandgefahr richtig, die Umsetzung werde aber einige Jahre in Anspruch nehmen.

Danny Freymark (CDU) vertritt die Ansicht, dass im Haushalt kein Cent mehr eingeplant sei und Personal fehle, obwohl in den letzten Jahren Geld vorhanden gewesen wäre. Insofern wäre es nicht so schwer gewesen, Mitarbeiter einzustellen und das Mischwaldprogramm aufzustocken. Dies könne im Hauptausschuss noch nachgeholt werden.

Dr. Michael Efler (LINKE) wendet ein, dass über Stellenpläne nicht in diesem Ausschuss entschieden werde. Er denke, hier sei noch etwas machbar. Nach seinem Verständnis seien die Mittel für das Mischwaldprogramm auskömmlich; viel mehr könne man nicht verbauen.

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) führt aus, die 1,5 Mio. Euro könnten mit dem vorhandenen Personal bewegt werden. Über entsprechende Ausschreibungen würden Firmen beauftragt, allerdings müsse dies gesteuert werden. In den Jahren danach komme ein Arbeitsberg auf seine Verwaltung zu, wenn die bepflanzten Flächen gepflegt werden müssten. Aus alten Einsparungszeiten gebe es auch noch rund 17 Kw-Kräfte, die Arbeit leisteten, aber in den nächsten Jahren ausscheiden würden. Um Projekte umzusetzen, brauche man Projektleitungsstellen, was im UA PVPP als Thema aufgerufen werde.

Danny Freymark (CDU) betont, wenn für Stadtbäume 17 Mio. Euro ausgegeben werden sollten, reichten 1,4 Mio. Euro an dieser Stelle nicht aus. Eigentlich brauchten die Berliner Forsten mehr Mittel, könnten mit dem vorhandenen Personal aber nicht mehr verausgaben. Aufgrund fehlender Planstellen hätten Auszubildende in der Vergangenheit nicht übernommen werden können. Sei das Thema bei der politischen Führung der SenUVK angekommen? Um wie viele Bäume gehe es?

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) legte dar, es gebe 20 Ausbildungsstellen, die mit elf Frauen und neun Männern besetzt seien. Dies sei der einzige Bereich mit fifty-fifty. Man habe zurzeit noch kein Problem, Nachwuchs zu gewinnen. Für die neuen Stellen in diesem Jahr habe es 87 Bewerbungen gegeben. Da man neun Auszubildende habe, die gleichzeitig fertig würden, sei die Übernahme schwierig. Zunächst werde für zwei Jahre befristet übernommen. Ein Teil studiere dann und bewerbe sich anschließend als Revierleiter/-in. Ein Problem sei, dass die Jahrgänge unterschiedlich bestückt seien und man in den nächsten Jahren zwei Drittel des Personals durch reguläres Ausscheiden verlieren werde. Man pflanze 200 000 bis 300 000 Bäume pro Jahr, mehr als notwendig, da sie angesichts der Größe der Flächen nicht gewässert werden könnten. Es gebe junge Bäume, die die beiden Dürrejahre trotzdem überlebt hätten. Für 150 000 Euro würden größere Ausfälle in diesem Herbst nachgebessert. Eine Fläche des Mischwaldprogramms sei Brandstiftung zum Opfer gefallen.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt anheim, das Thema im UA PVPP zu erörtern.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben
Nr. 178

Bericht Nr. 93 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit
Nr. 179

Bericht Nr. 96 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) plädiert dafür, die Mittel zu erhöhen, da die Waldschularbeit für die Wälder wichtig sei und den Stadtmenschen beibringe, wie man sich im Wald verhalten

solle. Die Umwelt- und Naturbildungsarbeit sei gut. Tausende von Kita- und Schulkindern nähmen die Angebote der Waldschulen in Anspruch.

Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 235 000	+120 000
Ansatz 2021	1 265 000	+130 000

Begründung: Mehr für die Gestaltung neuer Aktionsräume der Waldschulen und für deren Personal, da der Bedarf nach Waldschularbeit und die Verkehrssicherungspflicht durch die Stürme steigt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne weitere Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
Ökowerk Berlin e. V.

Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	385 000	+20 000
Ansatz 2021	403 000	+20 000

Begründung: Mehr aufgrund erhöhter Personalkosten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 81179 – Fahrzeuge
Nr. 180

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen
Nr. 181

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen
Nr. 182 a und b

Bericht Nr. 97 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Stand der Ambrosiabekämpfung.

Peter Boas (Pflanzenschutzamt Berlin) schildert, nach Abfrage aller Grünflächenämter habe man im letzten Frühjahr mit der Ambrosiabekämpfung im Ortsteil Adlershof angefangen und gute Erfolge erzielt. Ein Dienstleister habe die öffentlich zugänglichen Flächen beräumt. Wirksam sei das Ausreißen bzw. Ausgraben der Pflanzen. Vereinzelte Exemplare der einjährigen Art in der Stadt bereiteten wenig Probleme; man ermuntere die Bürger, sie zu beseitigen. Für größere Flächen habe man eine Task-Force gebildet. In Mahlsdorf seien Pflanzen wirksam bekämpft worden. In Spandau sei man ebenfalls fündig geworden. Auf einer landwirtschaftlichen Fläche sei die mechanische Bekämpfung nicht erfolgreich verlaufen, sodass man im Oktober ein Elektroherbverfahren anwenden werde. Das Projekt solle im nächsten und übernächsten Jahr auf andere Bezirke übertragen werden, sodass er Dienstleistungsmittel angemeldet habe. Beim Biesenhorster Sand werde man sich noch mit Ambrosia beschäftigen müssen. Bei einem Landschaftsschutzgebiet in Johannisthal befasse sich der Bezirk damit.

Daniel Buchholz (SPD) konstatiert, dass dies für die Aufstockung um 20 000 Euro spreche.

Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der FDP

Ansatz 2020	75 600	+20 000
Ansatz 2021	75 600	+20 000
Zur Ambrosiabekämpfung		
Ansatz 2020	40 000	
Ansatz 2021	40 000	

Begründung: Zur effektiven Bekämpfung der Ambrosia sollten die Mittel aufgestockt werden, zumal einige Jahre gar keine Ambrosiabekämpfung stattgefunden hat und sich die Ambrosia ausbreiten konnte.

Änderung der Titelerläuterung: Ergänzung der Erläuterung zu: Ausgaben von 60.000 € pro Jahr für die Bekämpfung der Ambrosiapflanze.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne weitere Aussprache zu.

**Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Verkehrslenkung –**

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU

Fehlbetrag 2020	38 567 800	-38 567 800
Fehlbetrag 2021	34 978 800	-34 978 800

Begründung: Wegfall der VLB als Verwaltungseinheit. Die bisherigen Aufgaben und Ressourcen der VLB gehen in den Zuständigkeitsbereich der Berliner Bezirke über. Somit Wegfall des Fehlbetrages und Zuweisung der frei werdenden Mittel an die Bezirke im EP 27, Kapitel 2707

Henner Schmidt (FDP) fragt, wie diese weitreichende Änderung funktionieren solle, z. B. Ampelschaltungen und Baustellenkoordinierung, wenn die Bezirke zuständig wären.

Oliver Friederici (CDU) antwortet, in anderen Städten funktioniere die Verkehrslenkung besser als in Berlin. Daher solle Berlin zu der früheren Zuständigkeitsverteilung zurückkehren: weitgehende Verlagerung in die Bezirke, Koordinierung durch die Senatsverwaltung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge
Nr. 184

Bericht Nr. 98 der Sammelvorlage auf Antrag der AfD-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 31 der AfD-Fraktion

Ansatz 2020	15 000	+/-00 000
Ansatz 2021	15 000	-5 000

Begründung: Kürzung der Ansätze auf Leasingraten für Erdgasfahrzeuge ab 2021. Statt Elektrofahrzeuge mit zweifelhaften Umweltauswirkungen sind ab 2021 umweltfreundliche und abgasarme Fahrzeuge mit Erdgas- bzw. Biogasantrieb zu leasen, mit entsprechender Kosteneinsparung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit
Nr. 185

Bericht Nr. 99 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	1 400 000	+500 000
Ansatz 2021	1 900 000	+500 000

Begründung: Verstärkung wegen erhöhtem Bedarf an sicherheitstechnischer Umgestaltung von Unfallorten/Kreuzungen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen
Nr. 186

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen
Nr. 187

Bericht Nr. 100 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 21 650 000 +500 000
Ansatz 2021 17 000 000 +500 000

Begründung: Mehr wegen des verstärkten blindengerechten/barrierefreien Umbaus von LSA und Errichtung von Anlagen zur dynamischen Verkehrssteuerung der LSAen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
Nr. 188

Bericht Nr. 101 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 72017 – Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung
Nr. 189

Bericht Nr. 102 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020 1 200 000 +500 000
Ansatz 2021 1 300 000 +500 000

Begründung: Mehr zur verstärkten Beschleunigung des ÖPNV.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke
Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Verkehr und Klimaschutz -**

Neuer Titel

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU

Ansatz 2020	–	+43 567 800
Ansatz 2021	–	+39 978 800

Begründung: Wegfall der VLB als Verwaltungseinheit. Die bisherigen Aufgaben und Ressourcen der VLB gehen in den Zuständigkeitsbereich der Berliner Bezirke über. Somit Erhöhung des Fehlbetrages um die aus dem EP 07, Kapitel 0770 frei werdender Mittel aufgrund der Zuweisung der Mittel an die Bezirke
Ansatzerhöhung zur Sicherstellung von Verbesserungen der bezirklichen Infrastruktur im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ohne Aussprache ab.

Titel 52130 – Unterhaltung des Straßenlandes - Sonderprogramm Straßensanierung
Nr. 192

Bericht Nr. 103 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen
Nr. 193

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

**Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus
zweckgebundenen Einnahmen**
Nr. 193A

Zurückgestellt auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Jeweils keine Wortmeldungen.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft
Nr. 194

Bericht Nr. 104 der Sammelvorlage auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Keine Wortmeldungen.

Neuer Titel – Umsetzung des Nahverkehrsplans

Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2020	00 000	+1 000
Ansatz 2021	00 000	+1 000

Begründung: Bislang gibt es keine Möglichkeit, die Bezirke gegebenenfalls bei Maßnahmen zur Umsetzung des Nahverkehrsplans, z.B. bei der Einrichtung neuer Bushaltestellen, zu unterstützen

Titelerläuterung: Der Titel dient der Unterstützung der Bezirke bei der Umsetzung der Ziele des Nahverkehrsplans, beispielsweise bei der Einrichtung neuer Bushaltestellen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Einzelplan 07 – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –

Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Neuer Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (geänderte Fassung)

Ansatz 2020	–	-9 233 000
Ansatz 2021	–	-10 526 000

Begründung: Gegenfinanzierung

Daniel Buchholz (SPD) stellt den Änderungsantrag in geänderter Fassung [s. o.] zur Abstimmung, nachdem zwei Änderungsanträge der Opposition beschlossen worden seien.

Hinner Schmidt (FDP) erklärt, dass ein Titel mit pauschalen Minderausgaben bedeute, dass die Koalition eine Wunschliste aufgestellt habe und sich nicht einigen könne, was finanziert werden könne. Damit würden Konflikte in die Zukunft vertagt. Seine Fraktion werde sich enthalten, hoffe aber, dass im Hauptausschuss noch eine Gegenfinanzierung gefunden werde.

Iris Spranger (SPD) erwidert, dass es sich nicht um eine Wunschliste handele. Eine PMA im Kopfkapitel bedeute, dass die Gegenfinanzierung im Zuge der Haushaltswirtschaft erbracht werde, was nicht unüblich sei. Gleichwohl sei die Verwaltung an die Titel gebunden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag in der geänderten Fassung zu, nimmt die Sammelvorlage rote Nr. 2157 und den Bericht rote Nr. 1839 zur Kenntnis und beschließt, die Annahme des EPl. 07 und des Kapitels 2707 mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.